



November 2023



Erlanger Rot

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Erlangen



DKP

Sonderausgabe

Texte zum Krieg im Nahen Osten

Liebe Leserinnen und Leser,

wir wollen mit dieser Sammlung von Texten zum Krieg im Nahen Osten und sein Auswirkungen auf unser Land verschiedene Sichtweisen vorstellen, die die Beendigung des Krieges und Frieden für Palästina/Gaza und Israel fordern.

Über 12000 Tote in Gaza, darunter 70 Prozent Kinder und Frauen, über 1000 Tote in Israel sind unerträglich. Wir rechtfertigen weder den Terror der Hamas vom 7.10.23 noch die Kriegsverbrechen der israelischen Armee in Gaza und der israelischen Siedler im Verbund mit der israelischen Armee auf der sogenannten Westbank.

Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand in diesem Krieg. Wir fordern die Beendigung des von der rechtsradikalen israelischen Regierung und ihrer Armee in Gaza verübten Völkermordes.

*Das sind die Mindestvoraussetzungen für Friedensverhandlungen zwischen den Palästinensern*innen und dem israelischen Volk, die auch zur Freilassung der Geiseln der Hamas führen werden.*

Inhaltsverzeichnis (weiter auf nächste Seite)

- **Henning Mächerle: Die Völker müssen miteinander reden – Frieden im Nahen Osten jetzt!**
- **IPPNW-Pressemitteilung vom 14. November 2023: Dringender Appell für einen sofortigen humanitären Waffenstillstand**
- **Offener Brief jüdischer Intellektueller: Die Freiheit der Andersdenkenden**

- **Die Hölle in den Krankenhäusern von Gaza, Massengräber im al-Shifa Hospital**
- **Georg Rammer: Deutschlands Verantwortung**
- **Tobias Riegel: Israel und Palästina: Gedanken zum Terror gegen Zivilisten**
- **Leo Mayer: Habeck-Rede und die Doppelmoral**
- **Craig Mokhiber: » Ein Fall von Völkermord wie aus dem Lehrbuch«**
- **Gerrit Hoekman: Hamas und Fatah - Am Aufstieg der » Islamischen Widerstandsbewegung« soll Israel einen Anteil gehabt haben**
- **Jürgen Hübschen: Humanitäre Hilfe für die Palästinenser im Gazastreifen – Akt der Menschlichkeit oder eine Art politischer Perversion?**
- **Amira Hass: Haaretz: » Deutschland hat Verantwortung schon lange vernachlässigt«**
- **Norman Paech: » Eine totale Verhöhnung des Völkerrechts« - Über das Recht auf Selbstverteidigung, Kriegsverbrechen im Gaza-Krieg und die Rolle der BRD. Ein Gespräch**
- **Norman Paech: Aufstand der Verzweiflung - Kolonialer Hintergrund des Kriegs zwischen Israel und der Hamas und ihren Verbündeten wird in Politik und Medien übersehen**
- **Karin Leukefeld: Hungerkrieg gegen Gaza - Israels Armee besetzt und beschießt zivile Einrichtungen. UN-Sicherheitsrat fordert humanitäre Pausen**
- **Helga Baumgarten und Darwish al-Kurd: Westbank vor Explosion - Krieg in Nahost: Israelische Armee und Siedler unterdrücken Menschen in Westbank und Ostjerusalem**
- **Susanna Böhme-Kuby: Zur Aktualität Tucholskys**
- **Moshe Zuckermann: Mechanismus der Gewalt - Zur Rolle von israelischer Regierung, Medien und westlichen Politikern im Krieg gegen Gaza. Kommentar**
- **Dieter Elken: Israel - ein Kolonialsiedlerstaat in der Sackgasse**
- **Dima Khatib, Geschäftsführerin von Al Jazeera: "Mit Gaza brechen das Völkerrecht und die Menschenrechte zusammen"**
- **Michael Holmes: Interview mit Rashid Khalidi/ „Alles menschliche Leben ist wertvoll. Das humanitäre Recht gilt für alle**

Gießener Echo, Zeitung der DKP Gießen, Nov. 2023

Henning Mächerle

Die Völker müssen miteinander reden – Frieden im Nahen Osten jetzt!



Der neu entfachte Krieg im Nahen Osten hat eine neue Qualität im Vergleich zu den vorangegangenen Kämpfen. Die militärischen Fähigkeiten der Hamas haben zugenommen. Israel ist durch seinen innenpolitischen Konflikt um die Änderung der Verfassung geschwächt wie nie zuvor. Zum ersten mal sind auch ca. 1.000 zivile israelische Opfer zu beklagen.

Die Angriffe der Hamas sind brutal und stellen in Teilen Kriegsverbrechen dar. Aber sie sind nicht unprovokiert. Seitdem die Hamas 2007 im Gazastreifen gewählt wurde, gab es ständig von beiden Seiten Angriffe mit zivilen Opfern. Die israelischen Streitkräfte haben seit 2007 drei große Militäroperationen durchgeführt. Dabei wurden Tausende von palästinensischen Zivilisten getötet, darunter viele Kinder.

Die jahrzehntelange Kolonial- und Apartheidpolitik Israels gegenüber den Palästinensern hat wesentlich zur Radikalisierung und dem Aufstieg islamistischer Kräfte in Palästina beigetragen.

Der verbreitete Vergleich der aktuellen Kriegsverbrechen der Hamas an israelischen Zivilisten mit dem Holocaust ist eine ahistorische Verharmlosung der Vernichtungspolitik des deutschen Faschismus gegenüber den europäischen Juden.

Übrigens sind auch die aktuellen Angriffe der israelischen Luftwaffe auf den Gazastreifen in Teilen Kriegsverbrechen. Wie immer in diesem jahrzehntelangen Krieg bezahlt die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten den Preis.

Die Entstehung der Hamas erfolgte 1987 unter anderem aus der Radikalisierung von Teilen der palästinensischen Bevölkerung. Teile des israelischen Staates haben in den 1980er Jahren islamistische Gruppen – unter anderem die Hamas – unterstützt. Ein ähnliches Konzept wie die USA in Afghanistan verfolgten. Es ging darum, ein Gegengewicht gegen die "säkulare" und linke PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) aufzubauen. Die rechte israelische Regierung und die Hamas brauchen den Krieg zur Legitimation ihrer Politik. Aktuell profitiert besonders Netanjahu (Premierminister) von der Situation. Die Diskussion um und die Massenproteste gegen seine sogenannte Justizreform, mit der die bürgerliche Demokratie in Israel abgebaut werden sollte, ist weg und er regiert mittels eines Notstandskabinetts.

Unsere Solidarität gilt hier weder der israelischen Regierung noch den palästinensischen islamistischen Gruppen. Wir solidarisieren uns mit den legitimen Forderungen der palästinensischen Bevölkerung nach einem eigenen Staat und den fortschrittlichen Kräften in Israel, wie der KP Israels.

KP Israels

„Die Ereignisse zeigen, in welche gefährliche Richtung die Netanjahu-Regierung und die Siedler die gesamte Region führen, und unterstreichen einmal mehr, dass es keinen Weg gibt, den Konflikt zu verwalten oder ihn militärisch zu lösen – es gibt nur eine Lösung: die Beendigung der Besatzung und die Anerkennung der legitimen Forderungen und Rechte des palästinensischen Volkes. Die Beendigung der Besatzung und die Schaffung eines gerechten Friedens sind ein eindeutiges und gemeinsames Interesse der beiden Völker in diesem Land.“

<https://www.ippnw.de/startseite/artikel/de/dringender-appell-fuer-einen-sofortig.html>

IPPNW-Pressemitteilung vom 14. November 2023
Dringender Appell für einen sofortigen
humanitären Waffenstillstand

Humanitäre Katastrophe im Gazastreifen



Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW fordert Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock auf, sich für die Aushandlung eines sofortigen Waffenstillstand im Gazastreifen einzusetzen. Nur damit kann sichergestellt werden, dass humanitäre Hilfe sicher und in ausreichendem Maße die Zivilbevölkerung in Gaza erreichen kann. Außerdem werden dadurch weitere Tote, Verletzte und Traumatisierte sowie weitere Zerstörungen verhindert.

Die Ärzt*innenorganisation ist zutiefst entsetzt über die anhaltende Gewalt, die bisher über 1.200 Israelis und über 11.000 Palästinenser*innen im Gazastreifen das Leben gekostet hat, darunter fast 70 % Frauen und Kinder, 40 % von ihnen Kinder unter 15 Jahren, und weitere Tote im Westjordanland. In Gaza stirbt alle 10 Minuten ein Kind.

Über 5.400 Israelis und 27.500 Palästinenser*innen wurden verletzt. Mehr als 1,5 Millionen Palästinenser*innen im Gazastreifen wurden vertrieben. Ihnen fehlen die Grundbedürfnisse an Unterkünften, Lebensmitteln, Wasser und sanitären Einrichtungen, Brennstoff, Strom und Kommunikation. In Gaza ist niemand nirgendwo sicher. Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden 279 Schulen und 135 Gesundheitseinrichtungen, in denen viele Menschen Zuflucht gefunden haben, getroffen und beschädigt. Die laufende Behandlung von 9.000 Krebspatient*innen und 350.000 Patient*innen mit chronischen Krankheiten wie Diabetes und Herzerkrankungen ist stark beeinträchtigt. Die Versorgung von 180 Frauen in Gaza, die täglich gebären, ist nahezu unmöglich geworden. Mehr als 100 humanitäre Helfer der Vereinten Nationen wurden getötet, mehr als in jedem anderen Konflikt.

Der WHO-Generaldirektor Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus sagte vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aus, dass die WHO seit dem 7. Oktober mehr als 250 Angriffe auf die Gesundheitsversorgung im Gazastreifen und im Westjordanland sowie 25 Angriffe auf die Gesundheitsversorgung in Israel - Krankenhäuser, Kliniken, Patienten, Krankenwagen - festgestellt habe. Seit dem 21. Oktober 2023 seien statt der 10.000 Lastwagen, die normalerweise lebenswichtige Güter nach Gaza bringen, nur 650 eingetroffen. Dr. Ghebreyesus beschrieb "überfüllte Krankenhausflure mit Verletzten, Kranken und Sterbenden; überfüllte Leichenhallen; Operationen ohne Anästhesie; Zehntausende von Vertriebenen, die in Krankenhäusern Zuflucht suchen; Familien, die in überfüllten Schulen eingepfercht sind und verzweifelt nach Nahrung und Wasser suchen."

Kontakt: IPPNW, Angelika Wilmen, Friedensreferentin, Email: [wilmen\[at\]ippnw.de](mailto:wilmen[at]ippnw.de), Tel. 030 – 698074-13

<https://taz.de/Offener-Brief-juedischer-Intellektueller/!5965154/>

23.10.2023

Offener Brief jüdischer Intellektueller

Die Freiheit der Andersdenkenden

Über 100 in Deutschland beheimatete jüdische Künstler:innen, Schriftsteller:innen und Wissenschaftler:innen unterzeichnen diesen offenen Brief. Sie appellieren für Frieden und Meinungsfreiheit.

Wir, die unterzeichnenden jüdischen Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler, die in Deutschland leben, verurteilen in diesem Schreiben das beunruhigende Vorgehen gegen

die demokratische Öffentlichkeit nach den schrecklichen Gewalttaten in Israel und Palästina in diesem Monat.

Es gibt keine Rechtfertigung für vorsätzliche Angriffe auf Zivilisten durch die Hamas. Wir verurteilen vorbehaltlos die terroristischen Angriffe auf Zivilisten in Israel. Viele von uns haben Familie und Freunde in Israel, die von dieser Gewalt direkt betroffen sind. Mit gleicher Schärfe verurteilen wir die Tötung von Zivilisten in Gaza.

In den letzten Wochen haben Landes- und Stadtregierungen in ganz Deutschland öffentliche Versammlungen mit mutmaßlichen Sympathien für Palästinenser verboten. Diese Repressionen bestrafen auch Demonstrationen wie „Jugend gegen Rassismus“ und „Jüdische Berliner*innen gegen Gewalt in Nahost“. In einem besonders absurden Fall wurde eine jüdische Israelin festgenommen, weil sie ein Schild in der Hand hielt, auf dem sie den Krieg, den ihr Land führt, anprangerte.

Die Polizei hat keine glaubwürdige Verteidigung für diese Entscheidungen geliefert. Praktisch alle Absagen, einschließlich derjenigen, die von jüdischen Gruppen organisierte Versammlungen verbieten, wurden von der Polizei zum Teil mit der „unmittelbaren Gefahr“ von „volksverhetzenden, antisemitischen Ausrufen“ begründet. Diese Behauptungen dienen unserer Meinung nach dazu, legitime und gewaltfreie politische Äußerungen, die auch Kritik an Israel beinhalten dürfen, zu unterdrücken.

Rassistische Vorverurteilungen

Versuche, sich diesen willkürlichen Einschränkungen zu widersetzen, werden mit wahlloser Brutalität beantwortet. Die Behörden haben Menschen mit Migrationshintergrund in ganz Deutschland ins Visier genommen und Zivilisten belästigt, verhaftet und verprügelt, oft unter den fadenscheinigsten Vorwänden.

In Berlin ist der Bezirk Neukölln, in dem große türkische und arabische Gemeinschaften leben, heute ein von der Polizei besetztes Viertel. Gepanzerte Lieferwagen und bewaffnete Bereitschaftspolizisten patrouillieren durch die Straßen und suchen nach spontanen Unterstützungsbekundungen für die Palästinenser oder nach Symbolen der palästinensischen Identität. Fußgänger werden auf dem Bürgersteig angerempelt und mit Pfefferspray attackiert. Kinder werden rücksichtslos angegriffen und verhaftet. Zu den Festgenommenen gehören bekannte syrische und palästinensische Aktivisten.

In den Schulen sind palästinensische Flaggen und Keffiyeh verboten. Obwohl der Besitz dieser Gegenstände in der Öffentlichkeit gesetzlich erlaubt ist, führt er zu Polizeigewalt und Verhaftungen. Anfang dieses Jahres gaben Berliner Polizeibeamte vor Gericht zu, dass sie bei der Niederschlagung von Protesten gegen Zivilisten vorgegangen sind, die dadurch „auffielen, dass sie Farben der palästinensischen Flagge trugen oder Schals, die mit der palästinensischen Solidarität in Verbindung gebracht werden.“ Eine Vielzahl von Filmaufnahmen deutet darauf hin, dass dies nach wie vor der Fall ist und dass rassistische Vorverurteilungen bei der gezielten Verfolgung von Verdächtigen eine wichtige Rolle spielt.

Diese Verstöße gegen die Bürgerrechte rufen bei den kulturellen Eliten in Deutschland kaum einen Aufschrei hervor. Große Kultureinrichtungen haben sich wie synchronisiert selbst zum Schweigen gebracht, indem sie Theaterstücke, die sich mit dem Konflikt befassen, abgesagt haben und Persönlichkeiten, die Israels Aktionen kritisch gegenüberstehen könnten – oder die einfach selbst Palästinenser sind –, das Rederecht entzogen wurde. Diese freiwillige Selbstzensur hat ein Klima der Angst, der Wut und des

Schweigens geschaffen. All dies geschieht unter dem Vorwand, Juden zu schützen und den Staat Israel zu unterstützen.

Als Jüdinnen und Juden lehnen wir diese Gewalt ab

Als Jüdinnen und Juden lehnen wir diesen Vorwand für rassistische Gewalt ab und bekunden unsere volle Solidarität mit unseren arabischen, muslimischen und insbesondere palästinensischen Nachbarn. Wir weigern uns, in vorurteilsbehafteter Angst zu leben. Was uns Angst macht, ist die in Deutschland vorherrschende Atmosphäre von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die Hand in Hand mit einem zwanghaften und paternalistischen Philo-Semitismus geht. Wir lehnen insbesondere die Gleichsetzung von Antisemitismus und jeglicher Kritik am Staat Israel ab.

Zur gleichen Zeit, in der die meisten Formen des gewaltlosen Widerstands für den Gazastreifen unterdrückt werden, finden auch antisemitische Gewalttaten und Einschüchterungen statt: ein Molotowcocktail, der auf eine Synagoge geworfen wurde; Davidsterne, die auf die Türen jüdischer Häuser gezeichnet wurden. Die Beweggründe für diese nicht zu rechtfertigenden antisemitischen Straftaten und ihre Täter bleiben unbekannt.

Juden bereits eine gefährdete Minderheit

Klar ist jedoch: Es macht Juden nicht sicherer, wenn Deutschland das Recht auf öffentliche Trauerbekundung um verlorene Menschenleben in Gaza verweigert.

Juden sind bereits eine gefährdete Minderheit; einige Israelis berichten, dass sie Angst haben, auf der Straße Hebräisch zu sprechen. Demonstrationsverbote und ihre gewaltsame Durchsetzung provozieren und eskalieren nur die Gewalt.

Wir prangern an, dass die gefühlte Bedrohung durch solche Versammlungen die tatsächliche Bedrohung des jüdischen Lebens in Deutschland grob ins Gegenteil verkehrt, wo nach Angaben der Bundespolizei die „überwiegende Mehrheit“ der antisemitischen Straftaten – etwa 84 Prozent – von deutschen extremen Rechten begangen wird. Die Versammlungsverbote sollen ein Versuch sein, die deutsche Geschichte aufzuarbeiten, doch vielmehr besteht die Gefahr, dass man sie genau dadurch wiederholt.

Freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit

Dissens ist eine Voraussetzung für jede freie und demokratische Gesellschaft. Freiheit, schrieb Rosa Luxemburg, „ist immer Freiheit der Andersdenkenden“. Wir befürchten, dass mit der derzeitigen Unterdrückung der freien Meinungsäußerung die Atmosphäre in Deutschland gefährlicher geworden ist – für Juden und Muslime gleichermaßen – als jemals zuvor in der jüngeren Geschichte des Landes. Wir verurteilen diese in unserem Namen begangenen Taten.

Wir fordern Deutschland auf, sich an seine eigenen Verpflichtungen zur freien Meinungsäußerung und zum Versammlungsrecht zu halten, wie sie im Grundgesetz verankert sind, das wie folgt beginnt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

<https://www.kommunisten.de/rubriken/interviews/8957-dima-khatib>

Die Hölle in den Krankenhäusern von Gaza, Massengräber im al-Shifa Hospital

15. NOVEMBER 2023



15.11.2023: Über hundert verwesende Leichen, die ohne Schutz begraben wurden ++ israelische Armee stürmt al-Shifa Krankenhaus ++ Human Rights Watch: "Den Haag soll gegen Tel Aviv wegen Kriegsverbrechen ermitteln" ++ "besetzen, vertreiben, besiedeln" - Minister Smotrich: "Die einzige Lösung ist die "freiwilligen Migration" der Palästinenser aus dem Gazastreifen

Erst ungewohnt heißes Wetter, jetzt Regen. Innerhalb weniger Stunden ist Gaza von einem langen Sommer, der die Lebensbedingungen der Bevölkerung ohne Strom und mit sehr wenig Wasser verschlechtert hat, in einen heftigen Herbst übergegangen, der seit gestern mit Gewittern über den Zeltunterkünften, den Trümmern und den Zentren und Schulen der Vereinten Nationen tobt.

Der Winter ist ein Alptraum", sagte Fayeza Srour, ein Vertriebener in Khan Yunis, gegenüber al Jazeera, "früher habe ich um Regen gebetet. Heute bete ich, dass er aufhört. Wenn der Regen fällt, versinken wir". In einigen Gebieten wurden Straßen überflutet und Zelte, Decken und Matratzen, die auf dem Boden lagen, zerstört. Das Abwassersystem funktioniert nicht mehr, weil es an Treibstoff mangelt, und jeden Tag fallen 400 Tonnen Müll an, was "eine ernste Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellt, da das verseuchte Wasser zunimmt und Krankheiten explosionsartig ausbrechen", so die UNO gestern.

Die Weltgesundheitsorganisation nennt ein Beispiel: 30.000 Fälle von Durchfallerkrankungen im Vergleich zu den 2.000, die im gleichen Zeitraum im Gazastreifen durchschnittlich verzeichnet wurden. Dazu kommen Windpocken, Krätze und Lungeninfektionen.

"Krankenhäuser werden zu Leichenhallen"
Ärzte ohne Grenzen .



Am schlimmsten ist jedoch nach wie vor die Situation in den Krankenhäusern, die seit Wochen ein militärisches und politisches Schlachtfeld darstellen. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind 22 der 36 Krankenhäuser im Gazastreifen wegen fehlendem Diesel für die Generatoren, Schäden und Kämpfen nicht funktionsfähig.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat am Montag die "entsetzliche Zustände" im al-Schifa Krankenhaus, dem größten Krankenhaus des Gazastreifens, beklagt. Es befänden sich mindestens 2.300 Menschen in der al-Schifa Klinik, darunter vermutlich mehr als 600 Patienten und rund 1.500 Vertriebene, schrieb die WHO auf der Plattform X. Wegen der fehlenden Stromversorgung könnten Patienten unter anderem keine Dialyse mehr erhalten, Frühgeborene müssten ohne Brutkästen in Operationssäle verlegt werden. Seit letztem Monat wird es nicht mehr mit dringend benötigten Medikamenten und Treibstoff

versorgt – ein Vorratslager mit medizinischen Materialien wurde von der israelischen Luftwaffe bombardiert und in die Luft gejagt.

Krankenhäuser, die sich von Orten der Pflege in die heutige Hölle verwandelt haben. Vor allem die in Gaza-Stadt, das al-Shifa Krankenhaus, das Rantisi Kinderkrankenhaus. Keiner geht mehr rein oder raus, das Essen wird knapp, das Wasser auch. Frühgeborene wurden in behelfsmäßigen "Brutkästen" zusammengepfercht, wo sie Kälte und Bakterien ausgesetzt sind. Sie liegen bereits im Sterben, ebenso wie andere Patienten auf der Intensivstation: bereits 40, heißt es vom al-Shifa.



Foto: awadkh11

***Die Kinder von Gaza ...
Sie sahen nicht das Licht des Lebens, sie sahen das Licht
der Raketen, die sie töteten.***

<https://www.instagram.com/awadkh11/>

Draußen, in den Höfen, die von Scharfschützen beschossen werden, türmen sich die Leichen. Leichen, die niemand bergen kann und die gestern, wie US-Agenturen berichteten, von streunenden Hunden angefressen wurden. Auch in den Krankenhäusern gibt es Leichen, Verwundete, die wegen unzureichender Pflege, fehlender Desinfektions- und Narkosemittel und mangelnder Stromversorgung nicht überlebt haben.

In dem Krankenhaus spielen sich brutale Szenen ab: Scharfschützen schießen seit Tagen auf jeden, der versucht, von einem medizinischen Gebäude zum anderen zu gelangen, was einen internationalen Aufschrei auslöst. Doch die israelische Armee zeigt sich unbeeindruckt. Sie zog in den letzten Tagen die Schlinge um das Krankenhaus immer enger und umstellte es mit Soldaten und Panzern.

Das Krankenhauspersonal musste über Hundert Menschen in einem Massengrab auf dem Gelände begraben, da es keine andere Möglichkeit mehr gab. Wie Muhammad Abu Salmiya, Direktor des al-Shifa Krankenhauses, gestern gegenüber der Nachrichtenagentur AFP erklärten, wurden 179 Leichen, darunter sieben Babys und 29 Intensivpatienten, in einem Massengrab begraben, ohne Abdeckungen oder Schutz (die vom Roten Kreuz vorgeschrieben sind, um die Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern), weil sie anfangen zu verwesen. Aus Angst vor Scharfschützen gruben sie das Grab direkt vor dem Krankenhaus aus. Sie brauchten Stunden. Noch immer liegen Leichen im Innenhof des Krankenhauses.



Die Bilder von getöteten Babys und verstümmelten Kindern, die aus dem Krankenhaus in die ganze Welt gesendet wurden, haben viele Millionen Menschen dazu inspiriert, zur Unterstützung der Palästinenser auf die Straße zu gehen. So wurde das al-Shifa Krankenhaus zu einem Symbol des Widerstandes gegen den Vernichtungskrieg Israels gegen die Palästinenser im Gazastreifen – und eine ständige Provokation für die israelische Kriegsmaschinerie.

Israelische Armee stürmt al-Shifa Krankenhaus

Um Mitternacht von Dienstag auf Mittwoch stürmten dann die israelischen Streitkräfte das al-Shifa-Krankenhaus.

"Der Geruch des Todes weht überall."

Muhammad Abu Salmiya, Direktor des al-Shifa Krankenhauses

Am frühen Nachmittag sagte der Direktor des Al-Shifa-Krankenhauses, Muhammad Abu Salmiya, gegenüber Al Jazeera: "Die Besatzungsarmee ist im Dialysegebäude, ohne sich die Mühe zu machen, Treibstoff zu bringen, um den Patienten zu helfen. Wir können die Apotheke nicht erreichen, um Patienten zu behandeln, da die Besatzer auf jeden schießen, der sich bewegt. Die Wunden der Patienten fangen an zu verfaulen, nachdem alle Dienste im Krankenhaus eingestellt wurden. Der Geruch des Todes weht überall."

"Sie bombardieren die ganze Zeit um das Krankenhaus herum und in der Nähe des Krankenhauses. Heute haben wir Schrapnelle im Krankenhaus gefunden, und der Krankenwagen und die Autos wurden beschädigt. Wir arbeiten mit verletzten und schwangeren Frauen aus den nördlichen Gebieten und Gaza-Stadt, weil alle Krankenhäuser in Gaza-Stadt und im nördlichen Gebiet ebenfalls außer Betrieb sind."

Ahmed Muhanna, Direktor des al-Awda Hospitals in Jabalia, 15.11.2023

Die israelische Armee begründet ihren Angriff auf das al-Shifa Krankenhaus damit, dass sich innerhalb des Krankenhauses Hamas-Kämpfer befänden und die Hamas tief unter dem Krankenhaus eine mehrstöckige Hauptkommandozentrale habe und von dort operiere. Möglicherweise befänden sich dort auch von der Hamas am 7. Oktober in den Gazastreifen verschleppte Gefangene. Laut Al Jazeera gab das israelischen Armeeradio am Nachmittag bekannt, dass es "keine Anzeichen für israelische Geiseln im al-Shifa-Krankenhaus gibt", aber dass sie das Gebiet weiter untersuchen.

Die US-Regierung hatte ebenfalls erklärt, dass sie über Geheimdienstinformationen verfüge, die die israelische Behauptung untermauerten, und erklärt, dass die Hamas selbst ein Kriegsverbrechen begehe, wenn sie in einem Krankenhaus operiere. Weder die USA noch Israel haben ihre Behauptungen durch konkrete Angaben untermauert.

Die Krankenhausleitung hat diese Anschuldigungen zurückgewiesen. Im britischen Sender BBC bestritt ein leitender Arzt der Klinik, dass sich die Hamas in dem Krankenhaus aufhalte. Das sei "eine große Lüge", sagte Chefchirurg Marwan Abu Saada. "Wir haben medizinisches Personal, wir haben Patienten und Vertriebene. Nichts anderes."

"Wir sind Zeugen eines laufenden Völkermordes durch den Staat Israel in Palästina, und ich möchte nicht zu einem Komplizen werden. Heute ist es

"Palästina, morgen könnte es überall sein."

Ione Belarra, spanische Ministerin für soziale Rechte

Die Hamas macht Israel und Biden für die Folgen der Angriffe verantwortlich, die ihrer Ansicht nach einem "barbarischen Verbrechen gegen eine durch die Vierte Genfer Konvention geschützte medizinische Einrichtung" gleichkommen. "Die Übernahme der falschen israelischen Behauptung durch das Weiße Haus und das Pentagon, der Widerstand nutze das Al-Shifa Medical Centre aus militärischen Gründen, war ein grünes Licht für Israel, weitere Massaker an Zivilisten zu begehen und sie gewaltsam aus dem Norden in den Süden zu bringen, um den Plan der Besatzung, unser Volk zu vertreiben, fortzusetzen."

Auf ihren sozialen Netzwerken veröffentlichte die israelische Armee Videos von angeblichen Hamas-Tunneln unter dem Rantisi-Kinderkrankenhaus und beschuldigt indirekt die WHO, davon zu wissen und zu schweigen. Die Videos wurden auch von israelischen Journalisten widerlegt, die der Regierung eine Fälschung vorwerfen – so handelt es sich z.B. bei der "Terroristenliste" lediglich um einen Kalender mit den Wochentagen auf Arabisch -, um den Beschuss des Krankenhauses zu rechtfertigen.

"Krankenhäuser sind keine Schlachtfelder."

Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation WHO

Ob Tunnel oder nicht, die Anwesenheit von Zivilisten, Ärzten und Patienten verbietet nach internationalem Recht den Beschuss eines Krankenhauses. Auf dieser Grundlage - der zunehmend beeindruckenden Zahl von Verstößen - werden die Initiativen verschiedener internationaler Akteure verstärkt.

Angefangen bei der Zurückweisung der israelischen Auffassung, dass Krankenhäuser als legitime Ziele angesehen werden können, wenn Milizionäre anwesend sind. Gestern forderte Human Rights Watch den Internationalen Strafgerichtshof auf, wegen der "wiederholten und offensichtlich illegitimen Angriffe auf medizinische Einrichtungen, Personal und Krankenwagen" gegen Israel wegen Kriegsverbrechen zu ermitteln: "Es gibt keine Beweise, die den Verlust des Schutzstatus von Krankenhäusern und Krankenwagen rechtfertigen könnten", schrieb HRW.

"Wir sammeln Beweise für Israels Kriegsverbrechen", erklärte die Generalsekretärin von Amnesty International, Agnes Callamard.

"Die Konfliktparteien begehen schwerwiegende Verstöße gegen Kinder; dazu gehören Tötung, Verstümmelung, Entführungen, Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser und die Verweigerung des Zugangs für humanitäre Hilfe - all das verurteilt UNICEF", sagte die Direktorin des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen, Catherine Russell. "Viele Kinder werden vermisst und sind vermutlich unter den Trümmern eingestürzter Gebäude und Häuser begraben... In der Zwischenzeit sind Neugeborene, die eine spezielle Behandlung benötigen, in einem der Krankenhäuser in Gaza gestorben, da der Strom und die

medizinische Versorgung ausgegangen sind und die Gewalt wahllos weitergeht", fügte sie hinzu.

Der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation WHO, Tedros Adhanom Ghebreyesus, erklärte am Mittwoch, der israelische Militäreinsatz im al-Shifa-Krankenhaus sei "völlig inakzeptabel". "Krankenhäuser sind keine Schlachtfelder. Wir sind äußerst besorgt um die Sicherheit von Personal und Patienten. Ihr Schutz hat oberste Priorität. Eines ist klar: Nach dem humanitären Völkerrecht müssen Gesundheitseinrichtungen, medizinisches Personal, Krankenwagen und Patienten vor allen Kriegshandlungen geschützt werden. Selbst wenn Gesundheitseinrichtungen für militärische Zwecke genutzt werden, gelten immer die Grundsätze der Zurückhaltung, der Vorsorge und der Verhältnismäßigkeit."

"Im Namen der Menschlichkeit ruft der Generalsekretär zu einem sofortigen humanitären Waffenstillstand auf", erklärte gestern der Sprecher von António Guterres, Stéphane Dujarric. Der letzte in einer langen Reihe von ungehörten Appellen vom höchsten Podium des Glaspalastes, der seit Wochen Opfer israelischer Angriffe ist.

"besetzen, vertreiben, besiedeln"

Und während das israelische Kriegsministerium bekannt gab, dass die 162. Division die Kontrolle über das Flüchtlingslager Shati übernommen hat, in dem über 90.000 Menschen leben, wiederholte der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich, ein Mitglied der religiösen Ultrarechten, die Worte, die Landwirtschaftsminister Avi Dichter (ehemaliger Leiter des Shin Bet und Likud-Mitglied) am Sonntag Channel 12 "anvertraut" hatte: Israel führe in Gaza "eine Nakba durch, eine Nakba 2023", denn "es gibt keine Möglichkeit, einen Krieg mit Menschenmassen zwischen Panzern und Soldaten zu führen".

Der ausdrückliche Hinweis bezieht sich auf die Vertreibung von fast einer Million Menschen im Jahr 1948, eine historische Tatsache, die Israel nie zugegeben hat und auf der freiwilligen Flucht der Palästinenser vor 75 Jahren beharrt.

Gestern wiederholte Smotrich das Ziel der Räumung des Gazastreifens, indem er auf Facebook schrieb, "Die freiwillige Abwanderung und die Aufnahme von arabischen Gaza-Bewohnern durch die Länder der Welt ist eine humanitäre Lösung, die dem Leiden von Juden und Arabern gleichzeitig ein Ende setzen wird." Er unterstütze den von den beiden Abgeordneten Ben Barak und Danny Danon in der Knesset gemachten Vorschlag einer "freiwilligen Migration" der Palästinenser.

Die beiden Abgeordneten, Barak und Danon, hatten sich in einem Artikel für das Wall Street Journal ausführlich darüber geäußert, in dem sie die internationale Gemeinschaft mit der Aufgabe betrauten, die Flüchtlinge aus dem Gazastreifen aufzunehmen. Für Smotrich ist die Vertreibung von 2,2 Millionen Palästinensern aus dem Gazastreifen "die einzige Lösung", da der Gazastreifen "zum Symbol für das Bestreben geworden ist, den Staat Israel auszulöschen". (siehe auch kommunisten.de, 3.11.2023: [Wieder eine Nakba? Durchgesickerte Dokumente bestätigen israelischen Plan, Palästinenser:innen nach Ägypten zu vertreiben](#))

In einem Video sagen israelische Soldaten über ihren Einsatz in Gaza, ihr Auftrag laute: "besetzen, vertreiben, besiedeln".



https://twitter.com/Ha_Matar/status/1724113921550745965

Georg Rammer

Deutschlands Verantwortung

Der argentinisch-israelische Dirigent Daniel Barenboim setzt sich seit vielen Jahren für Frieden und Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern ein. Die Sicherheit Israels hat für ihn einen hohen Stellenwert – aber offensichtlich einen anderen als für die deutsche Politik: »Die Israelis werden dann Sicherheit haben, wenn die Palästinenser Hoffnung spüren können, also Gerechtigkeit.« Eigentlich eine selbstverständliche Feststellung; angesichts des Agierens deutscher Spitzenpolitiker schwingt allerdings eine herbe Kritik mit.

Schon Bundespräsident Gauck versprach Israel die unverbrüchliche Freundschaft Deutschlands. Außenministerin Baerbock reist in das Land mit der Botschaft: »Wir sind alle Israelis«. Und Bundeskanzler Scholz versichert, die Sicherheit Israels sei deutsche Staatsräson. Gewiss machen es die Massaker der Hamas an Menschen in Israel, ihre Raketenangriffe auf Städte und Dörfer schwer, die richtigen Worte zu finden; aber die Floskelhaftigkeit der großen Worte lassen nicht nur echtes Mitgefühl vermissen. Sie kaschiert auch die Tatsache, dass die deutsche Politik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird – zumindest nicht gegen- über allen Menschen der Region.

Durch menschenverachtenden Antisemitismus, der sich im Faschismus zur staatlich organisierten industriellen Vernichtung von Millionen Juden steigerte, hat Deutschland unauslöschbare Schuld auf sich geladen. Aber büßen müssen vor allem andere: die Menschen in Palästina. Der Staat Israel wurde mit dem Mythos »ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land« gegründet: Lebten da keine Menschen? Doch, natürlich. Aber in dem Krieg, der zur Staatsgründung führen sollte, wurden sie vertrieben, ihre Dörfer zerstört, um ihnen die Rückkehr für immer unmöglich zu machen.

Seitdem hat die deutsche Politik verbal an der Zweistaatenlösung festgehalten, die sich aber zunehmend als Illusion entpuppte. Ein Blick auf die aktuelle Landkarte genügt, um zu erkennen, dass israelische Regierungen durch die Besetzung des Westjordanlandes und den forcierten Ausbau jüdischer Siedlungen andere Ziele verfolgt haben und auch jetzt noch verfolgen. Sie schaffen vollendete Tatsachen für einen großen jüdischen Staat, der die besetzten Gebiete einschließt. Die derzeitige Koalitionsregierung unter Präsident Netanjahu basiert auf dem Beschluss, Teile des besetzten Westjordanlandes einschließlich der Siedlungen zu annektieren, unter Verletzung von UN-Charta und Völkerrecht.

Die israelische Journalistin Amira Hass zieht in der Zeitung Haaretz ein bitteres Fazit: »Ihr Deutschen habt eure Verantwortung, die ›aus dem Holocaust‹ – also aus der Ermordung u.a. der Familien meiner Eltern und dem Leid der Überlebenden – erwächst, längst verraten. Ihr habt sie verraten durch eure vorbehaltlose Unterstützung eines Israels, das besetzt, kolonisiert, den Menschen das Wasser wegnimmt, Land stiehlt, zwei Millionen

Menschen im Gazastreifen in einem überfüllten Käfig gefangen hält, Häuser abreißt, ganze Gemeinden aus ihren Häusern vertreibt und die Gewalt der Siedler fördert.«

Die Lage der Palästinenser ist zum Verzweifeln: Sie haben keine Hoffnung, sie werden nicht als gleichwertige Menschen behandelt. Der Genozidforscher Omer Bartov verurteilt die entsetzlichen Morde der islamischen Hamas; er betont aber die Notwendigkeit, die Ursachen von Gewalt, Hass und Rachedurst nicht auszublenden. Dazu zähle nicht zuletzt die seit 16 Jahren andauernde Belagerung des Gazastreifens, »durch die zwei Millionen Palästinenser in hoffnungsloser und demütigender Armut mit fehlender Grundversorgung gefangen gehalten werden«. In den besetzten Gebieten habe sich immer mehr ein Apartheidregime entwickelt. Das wäre zu verhindern gewesen.

Deutschland hat dazu keinen Beitrag geleistet. Hinter den hohlen Floskeln von Staatsräson, die mehr an Feudalstaat und Obrigkeit denken lassen als an Demokratie, verbirgt sich das Interesse der »westlichen Wertegemeinschaft« an einem mächtigen Verbündeten in Nahost. Sie verschließt dabei die Augen vor der Realität israelischer Besatzungspolitik und des Siedlerkolonialismus. Israel wurde in den letzten 17 Jahren in 103 Fällen durch den UN-Menschenrechtsrat verurteilt. Als aber die UN-Generalversammlung im Dezember 2022 in einer Resolution den Internationalen Strafgerichtshof aufgefordert hat, Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten zu untersuchen, stimmte Deutschland zusammen mit Israel, den USA und Großbritannien dagegen.

Die deutsche Politik ignoriert entschlossen Berichte und Analysen zu Menschenrechtsverletzungen, zur Missachtung von Völkerrecht und zu eventuellen Kriegsverbrechen Israels. Bundesregierungen haben auch nichts getan, um die Resolution 2334 des UN-Sicherheitsrates von 2016 durchzusetzen. Darin wurde einstimmig (bei Enthaltung der USA) die sofortige und vollständige Beendigung aller Siedlungsaktivitäten und der Besetzung palästinensischer Gebiete verlangt; dies sei der einzige Weg, Frieden zu erreichen. Israel hat ein Recht auf Sicherheit – Palästina auch. Freundschaft mit einem Land ist eine gute Sache; kritiklose Unterstützung für menschen- und völkerrechtswidrige Politik verträgt sich nicht damit.

Keinerlei Konsequenzen haben Regierung und Parlament in Berlin aus zahlreichen alarmierenden Berichten der United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) über die besetzten Territorien gezogen. Auch nicht aus dem Bericht von Amnesty International vom März 2023, der so beginnt: »Israel erhielt 2022 ein System der Unterdrückung und Diskriminierung der Palästinenser*innen in Israel und in den besetzten palästinensischen Gebieten aufrecht, welches den Tatbestand der Apartheid erfüllt und ein völkerrechtliches Verbrechen darstellt. Im August startete die israelische Armee einen dreitägigen Angriff auf den besetzten Gazastreifen, bei dem sie offenbar Kriegsverbrechen beging. Die Offensive verschärfte die Auswirkungen der seit 15 Jahren andauernden israelischen Blockadepolitik, die einer rechtswidrigen Kollektivstrafe gleichkommt.«

Human Rights Watch hatte 2021 einen 213-Seiten-Bericht vorgelegt, Titel: »Rechteverletzende israelische Politik stellt Verbrechen der Apartheid und Verfolgung dar. Verbrechen gegen die Menschlichkeit sollten Verfahren auslösen, um Unterdrückung von Palästinensern zu beenden.« Darin heißt es, die israelischen Behörden begingen

Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Unterdrückung der Palästinenser habe eine Grenze überschritten und eine Dauerhaftigkeit erreicht, die den Definitionen der Verbrechen der Apartheid und der Verfolgung entsprechen.

Die deutsche »wertebasierte« Menschenrechtspolitik ist offensichtlich selektiv und opportunistisch. Fragen wir noch einmal mit Amira Hass nach der deutschen Verantwortung für die entstandene Lage. Wie kann die Bundesregierung unverbrüchliche Freundschaft einer rechtsextremen Regierung gegenüber schwören, deren Finanzminister sich als »homophober Faschist« bezeichnet (Haaretz, 16.1.23) und eine palästinensische Kleinstadt »ausradieren« will? Deren Minister für Nationale Sicherheit wegen rassistischer Hetze und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt wurde?

Kennen unsere verantwortlichen Politiker nicht die Lebensbedingungen der Palästinenser in Gaza? Sie sollten mal den Dokumentarfilm »Killing Gaza: life under Israel's bombs and siege« (auf YouTube) der Journalisten Dan Cohen und Max Blumenthal anschauen. In anderthalb Stunden voller Schreckensbilder nach der Bombardierung 2014 bekommt man dramatisch gezeigt, wie elend und verzweifelt dort die Menschen leben – und wie Hass entsteht. Welche entsetzlichen Erfahrungen das Leben von hunderttausenden Kindern prägt. Es ist schwer erträglich, was die Bilder zeigen. Aber vielleicht muss man sich das antun, um eine Ahnung davon zu kriegen, was den Terror der Hamas ermöglicht hat.

Antisemitismus in Deutschland bleibt virulent. Er muss bekämpft werden – aber nicht dadurch, dass man Kritik an der israelischen Politik reflexhaft als antisemitisch abkanzelt, Demonstrationen verbietet und auflöst. Während Israelfahnen die Rathäuser schmücken, wird das Tragen von »Palitüchern« verboten und die Erinnerung an die Nakba, die Vertreibung der Palästinenser, mit Strafen belegt. Meint man, damit den Menschenrechten und der Sicherheit aller in Israel und Palästina lebenden Menschen zu dienen? Hass und Gewalt haben Ursachen. Was tut die deutsche Politik dafür, diese zu bekämpfen?

Amira Hass sagt, ihr offener Brief an Bundeskanzler Scholz sei »keine Rechtfertigung für die Mordorgie und den Sadismus, den die bewaffneten Männer der Hamas verübt haben. (...) Vielmehr ist es ein Aufruf an Sie, die gegenwärtige Kampagne des Todes und der Zerstörung zu stoppen, bevor sie eine weitere Katastrophe über Millionen von Israelis, Palästinensern, Libanesen und vielleicht sogar Bewohnern anderer Länder in der Region bringt.« Warum unterstützt die deutsche Politik nicht die zahlreichen Initiativen, die sich für Frieden, gleiche Rechte für alle Menschen in Israel und Palästina und für Versöhnung einsetzen?

Tobias Riegel

Israel und Palästina: Gedanken zum Terror gegen Zivilisten

Der Angriff der Hamas auf die jungen Besucher eines Festivals und auf viele weitere Zivilisten in Israel ist eine verstörende Bluttat. Sie muss verurteilt werden, wie alle Angriffe auf Zivilisten: Die normalen Bürger sind nie legitimes Ziel für Rache oder um politische Zeichen zu setzen. Der Umgang mit der moralischen Empörung ist aber sehr selektiv. Ein Kommentar von **Tobias Riegel**.

Ich kann das Massaker der Hamas an den jungen Menschen **bei einem Festival in Israel** mit über 200 Opfern am Samstag nur als schockierend empfinden und möchte es scharf verurteilen. Diese Attacken waren Teil des Angriffs der Hamas vom Wochenende, den das ZDF etwa **hier zusammenfasst** – in diesem Text soll vor allem auf die Vorfälle bei dem Festival Bezug genommen werden.

Die jetzt in deutschen Medien verfassten Verurteilungen des Hamas-Angriffs auch auf Zivilisten mögen formelhaft sein und sich anscheinend in die bekannte Verteidigung der Politik Israels einreihen – heuchlerisch finde ich sie aber in diesem speziellen Fall (noch) nicht: Die jetzigen Verdammungen des Terrors gegen willkürliche zivile Opfer sind meiner Meinung nach angemessen – die Heuchelei entsteht dann, wenn der Tod palästinensischer Zivilisten durch Terror des israelischen Militärs nicht in ähnlicher Weise betrauert und verurteilt wird und wurde. Doppelte Standards waren unter vielen anderen Fällen auch beim von westlichen Medien verniedlichten Terror der „pro-westlichen“ Al-Quaida-Gruppen gegen syrische Zivilisten zu verzeichnen.

Aber die widersprüchlichen Sichtweisen deutscher Medien gegenüber terrorisierten Zivilisten je nach Urheber und politischer Präferenz müssen einen selber nicht irritieren: Terror gegen Zivilisten ist immer zu verurteilen, auch wenn er mit hehren Motiven begründet wird. Auch dann, wenn er **inakzeptable Reaktionen auf der Gegenseite** auslöst. Auch dann, wenn die Täter aus einer unterlegenen, ja ausweglosen Situation heraus handeln. Und auch dann, wenn dem Terror eine lange Vorgeschichte der Ungerechtigkeit vorangegangen ist: Normale Bürger sind kein legitimes Ziel für Rache oder um politische Zeichen zu setzen. So einfach ist das.

Blutrausch und Verrohung

Die Form der Attacken auf die jungen Menschen in Israel empfinde ich als Blutrausch. Die mediale Verbreitung (auch vonseiten der Hamas) und die stolze Zurschaustellung einer Menschenjagd zeugt zusätzlich von einer starken Verrohung. Diese Verrohung hat Gründe, ja. Aber das hilft den unschuldigen Opfern eines so hemmungslosen Ausbruchs nicht.

Der Ausruf von Gequälten: „Jetzt fühlen sie endlich auch unseren Schmerz...“, auch er kann Terror gegen normale Bürger nicht rechtfertigen. Zum einen trifft Terror gegen Zivilisten die Falschen, da die willkürlich gewählten Opfer für die Politik ihres Landes oft nichts können oder sich vielleicht sogar dagegen eingesetzt haben. Zum anderen ist ein solcher Terror immer eine Steilvorlage für schreckliche Vergeltung. Solche Taten werden

von skrupellosen Strategen erdacht, aber sie kommen auch skrupellosen Strategen der Gegenseite entgegen.

Auch wer für die palästinensische Sache eingenommen ist, muss die Angriffe der Hamas auf die jungen Besucher eines Festivals und auf viele andere israelische Zivilisten scharf verurteilen. Nur dann bewahrt man sich eine moralische Glaubwürdigkeit für künftige Urteile. Die Verurteilung der jüngsten Hamas-Angriffe erfolgt auch unabhängig von der möglicherweise überharten israelischen Reaktion, die wahrscheinlich zahlreiche Zivilisten in Palästina töten wird: Diese Reaktionen müssen dann für sich beurteilt und möglicherweise geächtet werden. Da sich Terror gegen Zivilisten (wie in diesem Text beschrieben) nicht mit vorangegangenem Unrecht begründen lässt, ist die israelische Armee nun nicht berechtigt, die Zivilisten in Gaza für die Hamas-Angriffe büßen zu lassen.

Empathie mit den zivilen Opfern wäscht nicht die Regierung weiß

Ich lehne die Besatzungs- und Blockadepolitik der israelischen Regierungen und die mit ihr verbundene Gewalt, Schikane und Armut ab. Aber: Die Attacken vom Wochenende, die sich auch gegen Zivilisten richteten, können meiner Meinung nach nicht mit der Vorgeschichte gerechtfertigt werden – man kann dort aber eine Wurzel des Ausbruchs finden. Darum muss man immer (auch jetzt) die jahrzehntelange Entwicklung des Konflikts beachten, wenn man die Spirale der Gewalt analysieren und irgendwann beenden möchte.

Empathie mit den zivilen israelischen Opfern bedeutet keineswegs, dass die militaristische Politik der diversen israelischen Regierungen der Vergangenheit weißgewaschen wird: Israels Armee hat in den letzten Jahrzehnten mit Abstand mehr Gewalt gegen Zivilisten ausgeübt als die andere Seite. Auch neben den Militärfeldzügen wurde den Bewohnern in Gaza ein inakzeptabler und demütigender Alltag aufgezwungen. Hier liegt meiner Meinung nach eine Ursache des Gewaltausbruchs auch gegen Zivilisten.

Und so ist das Festival in der Nähe des Gazastreifens auch Symbol einer krassen Ungleichheit, wenn aus Perspektive der wie in einem großen Gefängnis eingepferchten Bewohner von Gaza tausende Jugendliche in Hörweite hedonistische Feste der Freiheit zelebrieren.

Vor allem wegen des schlimmen Massakers bei dem Festival und an anderen Zivilisten in Israel haben die Hamas-Aktionen der letzten Tage für mich nicht den Charakter einer militärischen Reaktion auf Angriffe der israelischen Armee. Und wenn man das Bild eines Gefängnisausbruchs bemühen möchte: Lynchmorde an gewalttätigen Wärtern können, wenn sie auch zu verurteilen sind, so doch unter bestimmten Umständen gerade noch moralisch nachvollzogen werden. Aber ein mörderischer Einfall in die umliegenden Dörfer ist eindeutig zu ächten.

Wobei die „Insassen“ von Gaza keine verurteilten Straftäter sind, sondern nur das Pech haben, die falsche Nationalität zu besitzen, und dafür in empörender Weise sehr hart bestraft werden.

Steilvorlage für härteste Gegengewalt

Der Ablauf der Attacken und der rätselhafte Ausfall des israelischen Sicherheitskonzepts stimmen skeptisch, hier müsste noch Aufklärung erfolgen, wie das möglich war. Dass die letzten Tage eine Steilvorlage für härteste Gegengewalt bieten, ist jetzt sehr beunruhigend.

Im Moment ist eine Anteilnahme mit den zivilen Opfern und ihren Angehörigen – auf beiden Seiten – das Gebot. Da wir nicht wissen können, was für Kettenreaktionen nun ausgelöst werden und welche Charaktere künftig das Handeln vor allem des israelischen Militärs bestimmen werden, sollte man mit der Floskel „bedingungslose“ Solidarität – im Sinne militärischer Unterstützung oder ähnlichem – sehr vorsichtig sein.

<https://www.kommunisten.de/rubriken/kommentare/8952-habeck-rede-und-die-doppelmoral>
10. NOVEMBER 2023

Leo Mayer

Habeck-Rede und die Doppelmoral

Volle sieben Minuten brauchte der deutsche Vizekanzler Robert Habeck von den Grünen, um in seiner mit englischen, arabischen und hebräischen Untertiteln versehenen Videobotschaft das Leid der Millionen von Zivilisten in Gaza zu erwähnen. Und das, nachdem die israelische Armee seit vier Wochen mit ihren Flächenbombardements mehr als 10.000 Menschen, darunter mindestens 4.100 Kinder, ermordet und eine ethnische Säuberung des Gaza von Palästinenser:innen in Gang gesetzt hat.

Der Gazastreifen ist zu einem "Friedhof für Kinder" geworden, sagen übereinstimmend UNO-Generalsekretär Antonio Guterres sowie der Generalkommissar der UNRWA, Philippe Lazzarini, und UNICEF-Sprecher James Elder.

"Es ist kein Krieg, sondern ein Völkermord, dem fast zweitausend Kinder zum Opfer gefallen sind, die nichts mit diesem Krieg zu tun haben", klagte Brasiliens Präsident Lula schon vor zwei Wochen.

"Die vollständige Belagerung des Gazastreifens in Verbindung mit undurchführbaren Evakuierungsbefehlen und erzwungenen Bevölkerungstransfers stellt eine Verletzung des humanitären Völkerrechts und des Strafrechts dar. Sie ist außerdem unsagbar grausam", stellten der UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen, Pedro Arrojo Agudo, und die UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, in einer gemeinsamen Erklärung fest.

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, wirft sowohl der Hamas – die "Gräueltaten am 7. Oktober waren Kriegsverbrechen ebenso wie die anhaltende Geiselnahme" - wie auch Israel Kriegsverbrechen vor. "Die kollektive Bestrafung palästinensischer Zivilisten durch Israel stellt ebenfalls ein Kriegsverbrechen dar, ebenso wie die unrechtmäßige Zwangsevakuierung von Zivilisten." Es dürfe bei der Beschreibung der Situation keine doppelten Standards geben, sagte Türk.

Doppelte Standards zeichnen aber die Rede von Habeck [1] wie auch die Politik der Bundesregierung und die "Leitmedien" aus.

"Straßen übersät mit Leichen und notdürftig verscharrte Körper. Es ist von Frauen, Kindern und Alten die Rede, die unter den Opfern sind. Die Ermordung von Zivilisten ist ein Kriegsverbrechen. Die Täter und ihre Auftraggeber müssen zur Rechenschaft gezogen werden", sagte Bundeskanzler Scholz (SPD) über den russischen Krieg gegen die Ukraine.

Zu diesem Zeitpunkt (3. April 2022) wurden 1.417 getötete Zivilist:innen, darunter 201 Frauen und 62 Kinder als Opfer des russischen Angriffs gezählt.

Zu Gaza sagt Bundeskanzler Scholz: "Israel ist ein demokratischer Staat mit sehr humanitären Prinzipien, die ihn leiten. Und deshalb kann man sicher sein, dass die israelische Armee bei dem, was sie macht, die Regeln beachten wird, die sich aus dem Völkerrecht ergeben. Daran habe ich keinen Zweifel."

Zu diesem Zeitpunkt (26. Oktober 2023) waren bereits 7.028 Zivilist:innen, darunter 2.913 Kinder und 1.709 Frauen, Opfer der israelischen Bombardierungen geworden.

Der israelische Kriegsminister bezeichnete die Palästinenser:innen als "menschliche Tiere" und verkündete "wir handeln entsprechend". Er ordnete die totale Blockade und das Aushungern des Gazastreifens an. Die Infrastruktur - Krankenhäuser, Schulen, Bäckereien, Energie- und Wasserversorgung - wird seit dem systematisch zerstört.

Die UN-Organisationen WHO, UNRWA, UNFPA und UNICEF fordern in einer alarmierenden gemeinsamen Erklärung, die in deutschen Medien kaum Beachtung findet, eine sofortige Waffenruhe und betonen die Verpflichtungen der Konfliktparteien gemäß humanitärem Völkerrecht. Sie fordern besonderen Schutz für Kinder und betonen das Recht aller Zivilist:innen, einschließlich der Geiseln, auf medizinische Versorgung.

Alles kein Thema bei Habeck.

Dazu passt, dass sich Deutschland in der UNO gegen die von einer überwältigenden Mehrheit erhobene Forderung nach einer "humanitären Waffenruhe" stellte.

Erst jetzt, wo deutlich wird, dass sich außerhalb Israels und der westlichen Kernstaaten USA und Deutschland kaum jemand auf die Erzählung Netanjahus vom "Kampf zwischen den Kindern des Lichts und den Kindern der Dunkelheit" und der "Verwirklichung der Prophezeiung Jesajas" [2] einlassen will, wo massive Mobilisierung im Globalen Süden, aber auch in den westlichen Hauptstädten, sowie die scharfen Äußerungen von Staatsoberhäupter wie Lula oder Gustavo Pedro aber auch von Regierungsmitgliedern in Irland, Belgien oder Spanien, die Aussetzung der diplomatischen Beziehungen einer wachsenden Zahl von Staaten Lateinamerikas zu Israel darauf hindeuten, dass sich hier ein veritabler Großkonflikt zwischen dem Westen und dem Globalen Süden andeutet, lenkt die US-Regierung und in ihrem Gefolge die Bundesregierung ein und fordern von Israel "humanitäre Feuerpausen".

"Zusammen mit unseren amerikanischen Freunden machen wir Israel immer wieder deutlich, dass der Schutz der Zivilbevölkerung zentral ist. Der Tod und das Leid, das jetzt über die Menschen im Gazastreifen kommt, sind schlimm" – mehr fällt Habeck in seiner Rede dazu nicht ein.

Allerdings nicht so schlimm, dass Habeck in einer neuen Video-Botschaft an die grüne Parteibasis nicht noch einen draufsetzen würde: "Im Grunde muss die Hamas zerstört werden, weil sie den Prozess des Friedens im Nahen Osten zerstört."

Aber waren es nicht die Netanjahu-Regierungen, die den Friedensprozess und die Gründung eines Palästinenserstaates torpedierten – und die westlichen Staaten dabei untätig zusahen? Hat nicht Netanjahu während seiner Rede am 22. September 2023 bei der 78. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Landkarte gezeigt, die seine Version eines "New Middle East" darstellt. Dort existieren die palästinensischen Autonomiegebiete nicht mehr. Der Gazastreifen und das Westjordanland - insgesamt leben dort zusammengerechnet fast 5 Mio. Araber - sind beide im selben Blau gehalten wie das israelische Staatsgebiet. "From the river to the sea" auf israelische Art. Es ist nicht bekannt, dass Habeck, Baerbock oder ein anderes Mitglied der Bundesregierung protestiert hätte. Auch die Medien gingen kommentarlos darüber hinweg.[3]

Habeck bietet die "Perspektive einer Zweistaatenlösung" als Lösung an, die aber "wollen die Hamas und ihre Unterstützer, insbesondere die iranische Regierung nicht".

Aber waren es nicht die Netanjahu-Regierungen und die israelische Armee, die die jüdischen Siedler ermuntern und unterstützen, illegale Siedlungen im Westjordanland zu errichten und die palästinensische Bevölkerung zu terrorisieren und zu vertreiben?

Der Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, verlangte jüngst sofortige Maßnahmen zum Schutz der Palästinenser:innen im Westjordanland. Diese seien "täglich Gewalt durch israelische Sicherheitskräfte und Siedler, Misshandlungen, Verhaftungen, Vertreibungen, Einschüchterungen und Demütigungen ausgesetzt".

"Man redet über eine Lösung, als ob sie existiere", sagt der Redakteur der israelischen Zeitung Haaretz, Gideon Levy, in den Tagesthemen. "Wenn man 700.000 Juden im Westjordanland ansiedelt, dann ist damit die Zwei-Staatenlösung tot. Alles andere ist nur Gerede." [4]

"Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson" wiederholt Habeck die ständig vorgetragene Formel. Damit sie nicht zur "Leerformel" werde, erklärt Habeck, was er darunter verstehe. Dass "die Sicherheit Israels für uns als Staat notwendig ist". In der Sendung von Markus Lanz ergänzte er, dass Staatsraison "natürlich" auch heiße, "dass Israel militärischen Beistand bekommt. Waffenlieferungen, die angefragt werden, werden erfüllt werden."

Waffen aus Deutschland an eine ultrarechte, rassistische Regierung für ihren völkermörderischen Krieg im Gaza? Kurz gefasst: Es ist uns egal, was Israel tut, wir unterstützen es, und alles andere ist antisemitisch.

So nebenbei schreibt er dazu auch den Vernichtungskrieg der Nazis um. "Der Zweite Weltkrieg war ein Vernichtungskrieg gegen Juden, für das Naziregime war die Vernichtung des europäischen Judentums das Hauptziel."

Das Hauptziel der Nazis formulierten diese mit dem "Unternehmen Barbarossa": die Vernichtung des "Bolschewismus" und die Eroberung der Sowjetunion. Der gesamte europäische Teil der Sowjetunion sollte erobert, ihre politischen und militärischen Führungskräfte ermordet und große Teile der Zivilbevölkerung dezimiert und entrechtet werden. Mit dem Hungerplan, zu dem die totale Blockade Leningrads gehörte, wurde der Hungertod vieler Millionen von Kriegsgefangenen und Zivilisten einkalkuliert, und nach

dem "Generalplan Ost" sollten großangelegte Vertreibungen folgen, um die eroberten Gebiete anschließend zu germanisieren.

Dies hat Habeck wahrscheinlich im Geschichtsunterricht sogar gelernt. Passt ihm aber nicht in die aktuelle politische Gemengelage. Da passt es besser, Putin vorzuwerfen, dass sich dieser "mit Vertretern der Hamas und der iranischen Regierung fotografieren" lässt. Dabei hatte er selbst keine Skrupel sich bei seiner tiefen Verbeugung vor dem Emir von Katar fotografieren zu lassen. Bekanntlich gewährt Katar Hamas-Kadern Unterschlupf. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz hatte keine Skrupel, sich bei seinem Antrittsbesuch in Ankara mit Erdoğan fotografieren zu lassen. Dieser kommt sogar demnächst zum Staatsbesuch nach Deutschland. Dabei ist Erdoğan ein ausgewiesener Förderer der Muslimbrüder und der Hamas. Ganz abgesehen davon, dass er für seinen völkerrechtswidrigen Krieg in Nord- und Ostsyrien auf die dschihadistischen Hilfstruppen einschließlich des IS setzt.

Wenn der Satz "Die Sicherheit Israels ist unsere Verpflichtung" wirklich ernst gemeint wäre, dann müssten Habeck und die Bundesregierung dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und seiner ultrarechten, rassistischen Regierung mit aller Kraft in den Arm fallen und mit aller Macht auf einen sofortigen Waffenstillstand, einem Ende der Belagerung des Gazastreifens, einem Ende der Siedlergewalt und der illegalen Besiedelung des Westjordanlandes und einem Ende der Apartheid in Israel drängen.

Denn eines ist sicher, die jüdischen Israelis werden niemals sicher sein, wenn die Palästinenser nicht sicher sind, und umgekehrt.

Oder wie der Präsident Kolumbiens, Gustavo Pedro, sagte:

"Israelische Kinder können nur dann ruhig schlafen, wenn auch palästinensische Kinder ruhig schlafen können. Und palästinensische Kinder können nur dann ruhig schlafen, wenn auch israelische Kinder ruhig schlafen können. Mit Krieg ist das nicht zu erreichen, sondern nur mit einem Friedensabkommen, das die internationale Legalität und das Recht der beiden Völker auf eine Existenz in Freiheit respektiert."

Fußnoten

[1]

Video: <https://twitter.com/BMWK/status/1719757619471008148>

Redemanuskript: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/manuskripte-habeck-ueber-israel-und-antisemitismus-de.pdf>

[2] <https://www.gov.il/en/departments/news/excerpt-from-pm-netanyahu-s-remarks-at-the-opening-of-the-knesset-s-winter-assembly-16-oct-2023>

<https://twitter.com/disclosetv/status/1717232829766009086>

[3] siehe kommunisten.de, 24.10.2023: 'From the river to the sea': Was bedeutet der Pro-Palästina-Spruch eigentlich?

<https://kommunisten.de/rubriken/analysen/8938-from-the-river-to-the-sea-was-bedeutet-der-pro-palaestina-spruch-eigentlich>

[4] tagesthemen 22:15 Uhr, 07.11.2023: ab Minute 15:54 Interview mit Gideon Levy (Haaretz)

<https://youtu.be/fwmwogIXTfY>

<https://www.jungewelt.de/artikel/print.php?id=462308>

Craig Mokhiber

Leiter des New Yorker Büros des UN- Hochkommissariats für Menschenrechte (UNHCR)

» Ein Fall von Völkermord wie aus dem Lehrbuch«

Am 28. Oktober erklärte Craig Mokhiber, Leiter des New Yorker Büros des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (UNHCR), in einem Brief an UNHCR-Chef Volker Türk seinen Rücktritt. In seiner Anfang dieser Woche bekanntgewordenen Begründung heißt es:

Ich schreibe Ihnen in einer Zeit, in der die Welt und auch viele unserer Kollegen in großer Sorge sind. Wieder einmal sehen wir, wie sich ein Völkermord vor unseren Augen entfaltet, und die Organisation, der wir dienen, scheint machtlos zu sein, ihn zu stoppen. Als jemand, der sich seit den 1980er Jahren mit den Menschenrechten in Palästina befasst, in den 1990er Jahren als UN- Menschenrechtsberater in Gaza gelebt und davor und danach mehrere Menschenrechtsmissionen im Land durchgeführt hat, geht mich dies sehr persönlich an. (...)

Als Menschenrechtsanwalt mit mehr als drei Jahrzehnten Erfahrung weiß ich, dass der Begriff des Völkermords oft missbraucht wurde. Aber der gegenwärtige Massenmord an den Palästinensern, der auf einer ethnonationalistischen Ideologie des Siedlerkolonialismus beruht, die jahrzehntelange systematische Verfolgung und Säuberung der Palästinenser fortsetzt (...) und mit entsprechenden Absichtserklärungen führender Vertreter der israelischen Regierung und des Militärs einhergeht, lässt keinen Raum für Diskussionen. (...) Dies ist ein Fall von Völkermord wie aus dem Lehrbuch. (...)

Mehr noch, die Regierungen der USA, des Vereinigten Königreichs und der Mehrheit der Länder Europas sind an diesem schrecklichen Angriff beteiligt. Diese Regierungen weigern sich nicht nur, ihrer vertraglichen Verpflichtung nachzukommen, die Einhaltung der Genfer Konventionen zu gewährleisten, sondern sie bewaffnen den Angreifer aktiv, unterstützen ihn wirtschaftlich und nachrichtendienstlich und geben Israels Greuelthaten politische und diplomatische Deckung. Gleichzeitig verstoßen westliche Medien, die zunehmend vom Staat vereinnahmt werden, offen gegen Artikel 20 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, indem sie die Palästinenser kontinuierlich entmenschlichen, um den Völkermord zu erleichtern, und Kriegspropaganda und die Befürwortung von nationalem, rassischem oder religiösem Hass verbreiten, was eine Aufstachelung zu Diskriminierung, Feindseligkeit und Gewalt darstellt. (...)

Unter diesen Umständen sind die Anforderungen an unsere Organisation, prinzipientreu und effektiv zu handeln, größer denn je. Aber wir haben die Herausforderung nicht angenommen. Der Sicherheitsrat wurde erneut durch die Unnachgiebigkeit der USA blockiert, das Generalsekretariat wird wegen der leisesten Proteste angegriffen, und unsere Menschenrechtsmechanismen werden von einem organisierten Netz der Straflosigkeit im Internet nachhaltig verleumdet. (...) Aber die größten Verluste hat das palästinensische Volk durch unser Versagen erlitten. Es ist eine verblüffende historische Ironie, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in demselben Jahr verabschiedet wurde, in dem die Nakba am palästinensischen Volk verübt wurde. (...)

Die Welt schaut zu. Wir alle werden Rechenschaft darüber ablegen müssen, wo wir in diesem entscheidenden Moment der Geschichte stehen. Lassen Sie uns auf der Seite der Gerechtigkeit stehen. (...)

<https://www.jungewelt.de/artikel/461490.palästina-hamas-und-fatah.html>

Gerrit Hoekman

Hamas und Fatah - Am Aufstieg der »Islamischen Widerstandsbewegung« soll Israel einen Anteil gehabt haben

Die »Islamische Widerstandsbewegung«, deren Akronym den arabischen Namen Hamas ergibt, gründete sich im Dezember 1987 in Gaza, kurz nach Beginn der ersten Intifada. Maßgeblich beteiligt war der palästinensische Ableger der Muslimbrüder in Ägypten. Aus der anfangs kleinen Gruppe wurde im Laufe der Zeit eine mächtige Bewegung, die der [bis dahin unangefochtenen Fatah des 2004 verstorbenen Jassir Arafat](#) ihren Platz in der palästinensischen Befreiungsbewegung streitig machte.

Bei den Parlamentswahlen 2006 überflügelte die Hamas schließlich die Fatah und gewann die absolute Mehrheit der Sitze. Nach Ansicht der vielen internationalen Wahlbeobachter verlief die Stimmabgabe tadellos, auch im Gazastreifen. Das Ergebnis war ein Schock für die Fatah, Israel, die USA, EU und die Arabische Liga. Ausgerechnet die Partei hatte gewonnen, die das Osloer Abkommen und auch Israel nicht anerkannte. Die Hamas hatte vom geltenden Mehrheitswahlrecht profitiert. Während die säkularen Parteien sich auf keine gemeinsame Liste einigen konnten und sich die Stimmen gegenseitig wegnahmen, gab es auf der religiösen Seite nur die Hamas. Auf der Westbank reichte deshalb in fast allen Wahlkreisen die relative Mehrheit der Stimmen, um einen Sitz zu gewinnen.

Um die Wogen etwas zu glätten, bildete die Hamas mit der Fatah eine gemeinsame Regierung. Der Scheinfriede hielt nicht lange: Im Juni 2007 kam es im Gazastreifen, aus dem sich Israel zwei Jahre zuvor zurückgezogen hatte, zu Gefechten zwischen beiden Parteien, aus denen die Hamas siegreich hervorging.

Die Fatah zog sich auf die Westbank zurück. Präsident Mahmud Abbas enthob den gewählten Ministerpräsidenten der Hamas Ismail Haniya seines Amtes und vereidigte per Dekret eine Notstandsregierung. Die Hamas übernahm die Herrschaft in Gaza. Der ägyptische Präsident Hosni Mubarak und andere sprachen von einem Putsch der Hamas, obwohl es tatsächlich genau andersherum war, denn die Fatah hatte die Wahl verloren. Israel verhängte umgehend eine Totalblockade über den Gazastreifen, die bis heute anhält.

Inzwischen haben weder die Hamas noch das Parlament in Ramallah noch Präsident Abbas eine demokratische Legitimation. Es hätten längst Neuwahlen stattfinden müssen. 2021 waren die Wahllisten bereits eingereicht, als Abbas den Termin absagte. Vordergründig weil Israel die Einwohner von Ostjerusalem nicht teilnehmen lassen wollte, in Wahrheit aber, weil alle Umfragen der Fatah und Abbas eine Niederlage voraussagten.

Experten streiten darüber, ob Israel bei der Gründung und beim Anwachsen der Hamas involviert war. »General Yitzhak Segev erzählte mir 1981, dass ihm ein Budget zur Finanzierung der Muslimbrüder (...) zur Verfügung gestellt worden sei, als Gegengewicht zu kommunistischen und palästinensischen nationalistischen Bewegungen«, schrieb der US-Journalist David Shipler im Mai 2021 bei Washington Monthly. »Die Finanzierung stand im Einklang mit Israels strategischen Fehlern bei dem Versuch, die interne arabische Politik im Gazastreifen, im Libanon und im Westjordanland zu manipulieren.«

Benjamin Netanjahu habe als Ministerpräsident die Unterstützung 2009 wieder aufgenommen, weil er die Autonomiebehörde schwächen wollte. »Bibi war immer gegen das Oslo-Abkommen«, sagte ein Informant gegenüber dem US-Journalisten Seymour Hersh. Mit Erlaubnis von Netanjahu habe Katar Hunderte Millionen Dollar an die Hamas überweisen dürfen. Nun versucht dieser mit aller Gewalt den Geist, den er rief, wieder in die Flasche zu bekommen.

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=106636>

13. November 2023

Jürgen Hübschen

Humanitäre Hilfe für die Palästinenser im Gazastreifen – Akt der Menschlichkeit oder eine Art politischer Perversion?

In diesem Beitrag geht es nicht um die Hintergründe dieses Krieges, der, wie der UNO-Generalsekretär Guterres es formuliert hat, „nicht im luftleeren Raum stattfindet“. Es geht auch nicht um die Darstellung der aktuellen Situation im Gazastreifen, die aus den warmen Sesseln der „westlichen“ Wohnungen sowieso nicht beurteilt werden kann, weil, wie in jedem Krieg, als Erstes die Wahrheit durch Propaganda ersetzt wird. Es geht auch nicht darum zu beurteilen, ob Israel diesen Krieg militärisch gewinnen kann, weil es ja letztlich eine Ideologie vernichten müsste. Nein, es geht in diesem Beitrag darum, ob die humanitäre Hilfe für die Palästinenser im Gazastreifen wirklich ein Akt echter Menschlichkeit ist oder vielleicht eher eine Art von Perversion der Politik. Von **Jürgen Hübschen**.

Der Krieg zwischen der Hamas und Israel

Seit dem Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 herrscht ein offener Krieg zwischen der Hamas und Israel. Die seitdem stattfindenden Ereignisse dominieren die Schlagzeilen der „westlichen Presse“ und haben den Ukrainekrieg auf einen Nebenschauplatz verdrängt, obwohl dort auch noch jeden Tag gestorben und ein Land immer weiter zerstört wird. Aber ein Thema, das auf den Titelseiten der Presse abgehandelt und in Rundfunk und Fernsehen einen breiten Raum einnimmt, zwingt auch die Politiker, die eigene Agenda darauf abzustimmen. Auf diese Weise erfahren die Menschen weltweit nicht nur, wie sich Israel für den Terrorangriff der Hamas rächt, sondern dass dieses Vorgehen als ein legitimer Akt der Selbstverteidigung eingestuft wird.

Die der Form halber immer ergänzte Aussage, dass sich Israel bei seiner Verteidigung an Recht und Gesetz halten muss, kann man durchaus als eine Pflichtübung bezeichnen, weil es nämlich offensichtlich keinen Politiker stört, dass Israels Handeln zunehmend von Rache und nicht mehr von Recht und Gesetz bestimmt wird. Israel – oder sagt man vielleicht besser: Premierminister Netanjahu? – will die Hamas vernichten nach dem Grundsatz „Auge um Auge, Zahn um Zahn“, lässt dabei jede Verhältnismäßigkeit vermissen, weist jede Form von Kritik zurück, verstößt durch massive Luft- und Artillerieangriffe gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und missbraucht auf diese Weise das ihm zugestandene Recht auf Selbstverteidigung in sträflicher Art und Weise. Fachleute gehen davon aus, dass die Hamas über ca. 40.000 Kämpfer verfügt, das entspricht weniger als 2 Prozent der Bevölkerung des Gazastreifens. Um diese 40.000 auszuschalten – was vermutlich gar nicht gelingen wird – werden Tausende unschuldige Menschen getötet, verstümmelt, traumatisiert, aus ihren Häusern vertrieben und ganze Ortschaften durch israelische Bomben, Raketen und Artillerie plattgemacht. Die Gefahr, dass es zu einer Ausweitung dieses Krieges kommt, ist immer noch imminently, und die Frage, was nach diesem Krieg kommen soll, ist völlig ungeklärt.

Humanitäre Hilfe für die Palästinenser im Gazastreifen – ein echter Akt der Menschlichkeit oder eine Art von politischer Perversion?

Während weltweit die Stimmen nach einem vollständigen Cease Fire (Waffenstillstand) immer lauter und die Forderungen nach einer Lösung des Konfliktes immer unüberhörbarer werden, lehnt Premierminister Netanjahu einen Waffenstillstand ab und wird in seiner Haltung dabei von den USA und der Mehrheit der westlichen Staaten unter Hinweis auf das israelische Recht auf Selbstverteidigung unterstützt. Da diese unnachgiebige Haltung das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung aber ständig vergrößert und die schrecklichen Bilder davon immer unerträglicher werden, will „der Westen“ wenigstens nicht mehr tatenlos zusehen, wie es den Menschen im Gazastreifen an allem fehlt. Es gibt für die mehr als 1 Million Vertriebenen keine festen Unterkünfte mehr, keine regelmäßige Verpflegung und die Gesundheitsversorgung ist in einer Form zusammengebrochen, dass es glaubhafte Berichte gibt, dass mittlerweile auch Kindern ohne Narkose Gliedmaßen amputiert werden. Deshalb fordert „der Westen“ einen humanitären Waffenstopp, um die Bevölkerung mit dem Nötigsten zu versorgen.

Auf dem G-7 war dies ein wesentlicher Punkt auf der Agenda, und auch auf der internationalen Konferenz, zu der Präsident Macron nach Paris eingeladen hat, geht es darum, die humanitäre Situation der Menschen im Gazastreifen zu verbessern. Die Forderung nach einem Ende dieses Krieges, selbst nach einem Stopp der Bombardierung des Gazastreifens wird überhaupt nicht gestellt, und auch das Thema, was geschieht

„danach“, steht nicht auf der Agenda der EU, der G-7-Staaten oder der USA. So stellt sich die Frage, ob es hier wirklich um echte Menschlichkeit geht oder vielleicht eher um eine Art von pervertierter Politik.

Mit einem gewissen Zynismus könnte man fragen: Will „der Westen“ die Menschen im Gazastreifen erst satt machen, sie gesundheitlich versorgen, sich um Unterkünfte für die Vertriebenen bemühen, bevor sie durch israelische Bomben, Raketen und Granaten weiterhin getötet, verletzt, traumatisiert oder bei lebendigem Leib verschüttet werden? Ist das wirklich humanitäre Unterstützung oder nicht eher nur die Beruhigung des schlechten Gewissens, weil es doch eigentlich jedem verantwortungsbewussten Politiker klar sein müsste, dass die beste humanitäre Unterstützung eine sofortige Beendigung des Krieges oder wenigstens ein Stopp der Bombardierung wäre.

Durch die aktuelle westliche Politik entsteht der Eindruck, dass man sich davor fürchtet, dem israelischen Premierminister klipp und klar zu sagen, dass dieses Bombardement aufhören muss, was ja nicht automatisch die Forderung beinhaltet, dass sich die israelischen Truppen umgehend aus dem Gazastreifen zurückziehen müssen. Es geht in erster Linie nicht darum, den Kampf gegen die Hamas einzustellen, sondern damit aufzuhören, diesen Kampf zu Lasten der Zivilbevölkerung zu führen. Die Methode, unschuldige Menschen zu bombardieren und dadurch zu töten, zu verletzen oder zu vertreiben, um auf diese Weise Druck auf ein handelndes Regime auszuüben, ist mit den Wertvorstellungen des christlichen Abendlandes nicht zu vereinbaren und hat auch noch nie funktioniert.

Israel hat den Anspruch, eine Demokratie zu sein, und für einen Rechtsstaat gibt es nun einmal klare Regeln, auch dann, wenn er von Terroristen oder anderen Gewalttätern angegriffen wird, denen das Völkerrecht und auch ethische Grundsätze egal sind. Wenn man so will, ist es ein Nachteil von Demokratie, dass Verbrechen anderer dasselbe eigene Handeln nicht rechtfertigen. Die Zeiten, in denen das Prinzip „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ eine Handlungsmaxime war, müssen unwiderruflich der Vergangenheit angehören.

Als eine Kompromissformel oder als eine ehrliche humanitäre Unterstützung sollte „der Westen“ nicht auf einem sofortigen und aktuell wohl auch kaum zu erreichenden umfassenden Cease Fire bestehen, sondern als einen ersten Schritt fordern, dass die israelischen Luft- und Artillerieangriffe sofort eingestellt werden, weil die sich mehr gegen die Zivilbevölkerung richten als gegen die Hamaskämpfer, die sich vermutlich vorwiegend in dem riesigen Tunnelsystem aufhalten.

Ein Ende der Bombardierung ist aus meiner Sicht die Voraussetzung für eine ehrliche humanitäre Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen.

Amira Hass

Haaretz: » Deutschland hat Verantwortung schon lange vernachlässigt«

Die 1956 in Jerusalem geborene Journalistin Amira Hass wandte sich am Montag in der liberalen israelischen Tageszeitung Haaretz in einem Beitrag unter dem Titel » Deutschland, du hast deine Verantwortung schon lange vernachlässigt« an Bundeskanzler Olaf Scholz:

Bundeskanzler Olaf Scholz sagte am vergangenen Donnerstag, dass »das Leid und die Not der Zivilbevölkerung im Gazastreifen nur noch zunehmen werden. Dafür ist auch die Hamas verantwortlich.« (...) Sie sagten auch: »Unsere eigene Geschichte, unsere Verantwortung, die aus dem Holocaust erwächst, macht es zu einer immerwährenden Aufgabe für uns, für die Existenz und die Sicherheit des Staates Israel einzutreten.« Aber, Herr Scholz, zwischen diesem Satz und dem oben zitierten gibt es einen Widerspruch. »Das Leiden ... wird nur zunehmen« ist ein Blankoscheck für ein verwundetes, verletztes Israel, um hemmungslos zu pulverisieren, zu zerstören und zu töten, und riskiert, uns alle in einen regionalen Krieg, wenn nicht sogar in einen dritten Weltkrieg zu verwickeln, der auch Israels Sicherheit und Existenz gefährden würde. Aber »Verantwortung aus dem Holocaust« bedeutet, alles zu tun, um einen Krieg zu verhindern, der zu Katastrophen führt, die wiederum zu Kriegen führen, die das Leid in einem endlosen Kreislauf vergrößern.

Ich habe dies von meinem Vater gelernt, einem Überlebenden der deutschen Viehwaggons. Schon 1992 sagte er mir jedes Mal, wenn ich aus dem Gazastreifen mit Berichten über die Unterdrückung der Bewohner durch Israel zurückkam: »Es ist zwar kein Völkermord, wie wir ihn erlebt haben, aber für uns war er nach fünf oder sechs Jahren beendet. Für die Palästinenser geht das Leiden weiter und weiter, seit Jahrzehnten.« Es ist eine andauernde Nakba.

Ihr Deutschen habt eure Verantwortung, die »aus dem Holocaust« – also aus der Ermordung u. a. der Familien meiner Eltern und dem Leid der Überlebenden – erwächst, längst verraten. Ihr habt sie verraten durch eure vorbehaltlose Unterstützung eines Israels, das besetzt, kolonisiert, den Menschen das Wasser wegnimmt, Land stiehlt, zwei Millionen Menschen im Gazastreifen in einem überfüllten Käfig gefangenhält, Häuser abreißt, ganze Gemeinden aus ihren Häusern vertreibt und die Gewalt der Siedler fördert. (...)

Nein, diese Kolumne ist keine Rechtfertigung für die Mordorgie und den Sadismus, den die bewaffneten Männer der Hamas verübt haben. (...) Vielmehr ist es ein Aufruf an Sie, die gegenwärtige Kampagne des Todes und der Zerstörung zu stoppen, bevor sie eine weitere Katastrophe über Millionen von Israelis, Palästinensern, Libanesen und vielleicht sogar Bewohnern anderer Länder in der Region bringt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/461212.krieg-gegen-gaza-eine-totale-verhöhnung-des-völk>

Norman Paech

» Eine totale Verhöhnung des Völkerrechts« - Über das Recht auf Selbstverteidigung, Kriegsverbrechen im Gaza-Krieg und die Rolle der BRD. Ein Gespräch mit Norman Paech

Bundeskanzler Olaf Scholz hat bei einer Regierungserklärung am vergangenen Donnerstag erklärt, Israel habe im Gazastreifen ein » völkerrechtlich verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung«. Wo ist das festgelegt?

In Artikel 51 der UN-Charta ist deutlich verankert, dass derjenige, der militärisch angegriffen wird, ein solches Verteidigungsrecht hat. Das stimmt auch in diesem Fall: Israel kann sich gegen den Angriff der Hamas verteidigen, was allerdings mit der Einschränkung versehen ist, dass solch eine Verteidigung immer verhältnismäßig sein muss. Wenn die israelische Armee im Gazastreifen, der ohnehin seit Jahrzehnten abgeriegelt ist, ein wahres Blutbad anrichtet, ist das auf keinen Fall durch das Verteidigungsrecht nach Artikel 51 gedeckt.

Gilt Artikel 51 auch für eine Besatzungsmacht im von ihr besetzten Gebiet?

Ja. Aber der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zwischen Mittel und Zweck ist zentral. Eine Verteidigung hat sich stets innerhalb der Grenzen des humanitären Völkerrechts, die insbesondere in den »Haager« und »Genfer« Konventionen verankert sind, zu halten. Der Angriff ist erfolgreich zurückgeschlagen worden. Wenn die Armee aktuell darüber hinausgeht und erklärt: »Wir vernichten die Hamas«, und der Zivilbevölkerung Energie und Nahrung abschnürt, dann ist das bereits eine Überschreitung des Gebots der Verhältnismäßigkeit und daher völkerrechtswidrig.

Die Hamas und andere palästinensische Fraktionen berufen sich auf das » Recht zum bewaffneten Widerstand gegen die Besatzung«. Was hat es damit auf sich?

Völkerrechtlich gesehen ist auch das eine richtige Forderung, denn die israelische Besatzung ist völkerrechtswidrig und also wie ein Angriff. Nun wird behauptet, der Gazastreifen sei, nachdem die Siedler und die Armee sich 2006 aus dem Gebiet zurückgezogen haben, nicht mehr besetzt. Das stimmt nicht. Die Blockade wird international – auch durch das Auswärtige Amt – als rechtswidrige Besatzung gewertet. Gegen eine solche darf man sich verteidigen. Allerdings auch hier mit der Einschränkung,

die Vorschriften des humanitären Völkerrechts einzuhalten. Zivilisten sind absolut tabu, das hat die Hamas verletzt.

Der Gazastreifen ist seit 2007 abgeriegelt, im aktuellen Krieg wurde eine vollständige Belagerung der Bevölkerung verhängt. Wie ist Ihre Einschätzung dazu?

Das ist ein Kriegsverbrechen. Die Abschnürung von Energie, Nahrungsmitteln etc. ist ebenfalls rechtswidrig. Die Blockade war es bisher schon. Diese zusätzlichen Maßnahmen, die eine heftige Verschlechterung der Lebensbedingungen der Zivilbevölkerung in Gaza bedeuten, die bis hin zum Verhungern, Verdursten und Krankheit führen, sind Kriegsverbrechen und völkerrechtlich absolut verboten.

Die israelische Regierung hat am Freitag 1,1 Million Einwohner von Gaza-Stadt dazu aufgefordert, ihre Häuser in Richtung Süden zu verlassen. Wie ist das juristisch zu beurteilen?

Es ist eine totale Verhöhnung des Völkerrechts, wenn man sich dabei auf das Verteidigungsrecht der UN-Charta beruft. Die Allgemeinheit kennt die Situation vor Ort. Es gibt genügend Fotos, die zeigen, dass es faktisch gar keine Rückzugsmöglichkeiten für die Menschen im Norden gibt. Es handelt sich offensichtlich um die Vorbereitung, damit Gaza in Schutt und Asche gelegt werden kann. Das ist ein schweres Kriegsverbrechen, das sieht auch die UNO so.

Macht sich Deutschland an diesen Kriegsverbrechen mitschuldig?

Moralisch auf jeden Fall. Inwieweit das juristisch relevant wird, ist noch nicht klar. Wir hätten aber meines Erachtens nicht nur darauf bestehen müssen, dass die Versorgung der Bevölkerung bei der bevorstehenden Bodeninvasion gesichert ist, sondern alle politischen Hebel in Gang setzen müssen, um Netanjahu und sein furchtbares Kabinett davon abzubringen.

Wo soll das hinführen? Selbst wenn man die Hamas »vernichtet« und den Gazastreifen dem Erdboden gleichmacht, den Widerstand des palästinensischen Volkes wird man nicht brechen können. Mit solch einer Aktion wird nie Frieden in dieser Region eintreten. Das ist nur durch Verhandlungen und den Rückzug aus den besetzten palästinensischen Gebieten insgesamt möglich.

Norman Paech ist Jurist und emeritierter Professor für Politikwissenschaft und Öffentliches Recht an der Universität Hamburg

<https://www.jungewelt.de/artikel/461371.nahostkonflikt-aufstand-der-verzweiflung.html>

Norman Paech

Aufstand der Verzweiflung - Kolonialer Hintergrund des Kriegs zwischen Israel und der Hamas und ihren Verbündeten wird in Politik und Medien übersehen

Die politische Klasse, ob in der Regierung, den Parteien oder den Medien, hat offensichtlich ihr Ceterum censeo: Hamas muss vernichtet werden – um welchen Preis auch immer. Lassen wir die politische Fragwürdigkeit dieser Devise einmal beiseite, so liegt in ihr ein grundsätzlicher Fehler. Sie reduziert den Überfall und den Ausbruch der Gewalt auf die Verantwortung einer einzigen Organisation, der Hamas. Sie hat die Geschichte der kolonialen Befreiungskämpfe in Afrika vergessen, deren militärische Spitze immer von einer oder zwei Organisationen gebildet wurde. Ob die FLN in Algerien, der ANC in Südafrika, die SWAPO in Südwestafrika, die MPLA in Angola, die PAIGC in Guinea-Bissau, die Frelimo in Mosambik oder die PLO in Palästina, sie wurden alle als Terroristen bekämpft. Sie waren aber nur der politisch-militärische Arm eines Volkes, welches für seine Befreiung kämpfte. In allen diesen Befreiungskriegen hatte das internationale Recht einen verzweifelten Stand.

Politik und Medien wollen auch jetzt nicht begreifen, dass es hier in Gaza ebenso wie in der Westbank um einen Befreiungskampf des ganzen palästinensischen Volkes gegen jahrzehntelange Unterdrückung, Enteignung, Gewalt und Entwürdigung geht. Wir dürfen nicht vergessen und verdrängen, dass die palästinensische Bevölkerung die furchtbare Gewalt, die jetzt so bild- und wortreich beklagt wird, in mehr als 75 Jahren in Überfällen und Massakern von Deir Jassin bis Masafer Jatta immer wieder und geradezu täglich erfahren hat. Sie ist immer wieder dagegen aufgestanden – vergeblich. Jetzt hat die verzweifelte Situation wie bei einer Revolte im Gefängnis zu einer Explosion geführt.

Rache löst nichts

Wenn Israel mit Unterstützung von USA und NATO-Bündnis darauf besteht, Hamas als Reaktion auszulöschen, zu vernichten, und sei es um den Preis Tausender ziviler Opfer Gaza in Schutt und Asche zu legen, so begeht es den zweiten Fehler: Dadurch würde der Widerstand des palästinensischen Volkes gegen die Gewalt der Apartheid nicht gebrochen. Man kann eine Organisation vernichten, aber nicht ein Volk. Das würden heute die UNO und ein immer noch vorhandenes antikoloniales Gewissen in der Welt verhindern. Man kann sein Rachegefühl befriedigen, aber damit nicht den Frieden sichern. Alle klassischen Kolonialmächte mussten sich aus ihren Kolonien zurückziehen. Israel, eine Siedlerkolonie, wird hier keine Ausnahme machen.

Das internationale Recht und die Menschenrechte haben in diesem Konflikt schon lange keine Rolle mehr gespielt. Sie wurden seit der israelischen Staatsgründung gegenüber dem palästinensischen Volk ständig vernachlässigt und verletzt. Israel hat nie die Genfer Konventionen für die besetzten Gebiete anerkannt. Israels Garantiemächte, vor allem die USA und die BRD, haben alle Verletzungen des internationalen Rechts gedeckt und akzeptiert. Die Internationalen Gerichtshöfe wurden erst in den letzten Jahren zur Überprüfung der Siedlungspolitik und der Kriegsverbrechen aufgefordert, was sofort aufgrund des Widerstands der Garantiemächte abgeblockt wurde.

Während die afrikanischen Völker noch in der UNO um die politische und juristische Anerkennung ihres Kampfes ringen mussten, ist dieser Kampf jetzt in den Resolutionen der Vereinten Nationen und den Zusatzprotokollen der Genfer Konventionen fest verankert. Dennoch spielen das internationale Recht und die Menschenrechte seit Beginn dieses Konfliktes nur auf Pressekonferenzen und in den öffentlichen Erklärungen der Regierungen eine Rolle. Sie existieren, konnten aber bisher zum Frieden in der Region nichts beitragen.

Die politische Reaktion gegenüber den Palästinensern in der Bundesrepublik erinnert mich an die Zeit unmittelbar nach dem Überfall der PFLP auf das israelische Olympiateam 1972 in Fürstentfeldbruck. Es herrschte eine Pogromstimmung, die viele Palästinenser veranlasste, die Bundesrepublik zu verlassen. Wenn das größte deutsche Boulevardblatt Bild auf der ersten Seite mit der erwiesenen falschen Meldung »Babys mit abgeschnittenen Köpfen« titelt, so bleibt das lange in den Köpfen der Leser und erzeugt nachhaltigen Hass gegen alle Palästinenser. Ihre Demonstrationen und Veranstaltungen werden verboten und ihre Netzwerke mit Schließung bedroht, auch vor Abschiebung können sie nicht mehr sicher sein. Die rechtliche Basis dieser Maßnahmen ist meistens strittig, über sie entscheiden die Gerichte mal so, mal so.

Besatzung muss enden

Nein, diese Zeilen sind keine Rechtfertigung der mörderischen Orgie, die die Kämpfer der Hamas bei ihrem Überfall anrichteten, keine verschwiegene Zustimmung zu den Siegesgesängen auf Europas Straßen. Sie werden von der Furcht diktiert, dass das »Terrorbild« der Hamas bei aller Grausamkeit des Überfalls den wahren Charakter dieser Gewalt als Aufstand der palästinensischen Gesellschaft verdeckt. Dass man sich weiterhin weigert, das Elend der palästinensischen Existenz sowohl in Gaza wie in der Westbank wahrzunehmen und die jahrzehntelange koloniale Besatzung und Apartheid als wahren Grund der plötzlichen Gewalt zu erkennen. Sie hatte sich seit langem angekündigt und wird durch keinen Vernichtungskrieg verschwinden.

Auf ihren Pilgerreisen nach Jerusalem werden die Regierungschefs der USA und Deutschlands nur ihre Solidaritätsadressen abliefern und für eine humanitäre Kriegführung plädieren. Sie werden es wiederum versäumen, Druck auf die israelische Regierung auszuüben, um das einzige Mittel zur Beseitigung der Gewalt durchzusetzen: die Besatzung aufzugeben und den Palästinenserinnen und Palästinensern die versprochene Gründung eines eigenen Staates zu ermöglichen. Zu Hause aber wird der Druck auf die arabische Bevölkerung dazu führen, den Hass gegen sie anwachsen zu lassen, sie auszugrenzen und auszuschließen. Das spaltet die Gesellschaft und fördert den Rassismus. In der Folge wird die jüdische Bevölkerung immer häufiger angegriffen und der Antisemitismus wird noch stärker werden. Schließlich wird die Gewalt zunehmen und

der Einsatz der Polizei die feindliche Stimmung nicht beruhigen können. Eine nicht sehr kluge Politik mit absehbar schädlichen Konsequenzen.

Norman Paech ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft und Öffentliches Recht und saß zwischen 2005 und 2009 für die Partei Die Linke im Deutschen Bundestag.

<https://www.jungewelt.de/artikel/463348.nahostkonflikt-hungerkrieg-gegen-gaza.html>
junge Welt 17.11.2023

Karin Leukefeld

Hungerkrieg gegen Gaza - Israels Armee besetzt und beschießt zivile Einrichtungen. UN-Sicherheitsrat fordert humanitäre Pausen

Der UN-Sicherheitsrat in New York hat am Mittwoch (Ortszeit) eine Resolution angenommen, die die »dringende und ausgedehnte humanitäre Unterbrechungen« des Krieges in Gaza fordert. »Für eine angemessene Anzahl von Tagen« müssten »humanitäre Korridore im ganzen Gazastreifen« eingerichtet werden, um Hilfsgüter zu verteilen und kranke und verletzte Personen evakuieren zu können. Explizit wird die Lieferung von Treibstoff gefordert. Die in Gaza festgehaltenen Gefangenen sollen »bedingungslos« freigelassen werden, heißt es. UN-Generalsekretär António Guterres wird aufgefordert, einen Bericht über die Umsetzung der Resolution vorzulegen.

Der von Malta vorgelegte Resolutionsentwurf wurde mit zwölf Stimmen angenommen. Es gab keine Gegenstimme. Die Vetomächte Russland, USA und Großbritannien enthielten sich, China und Frankreich stimmten dafür. Nach internationalem Recht ist die Resolution für alle 193 UN-Mitgliedstaaten bindend. Der stellvertretende israelische UN-Botschafter Brett Jonathan Miller wies die Resolution als »unrealistisch« zurück. »Es wird nicht passieren«, so Miller auf der Plattform X. Israel halte sich an das internationale Recht, betonte er. Der UN-Sicherheitsrat sei unfähig, »das Massaker, das die Hamas (am 7. Oktober) verübt hat, zu verurteilen«. Das habe zum Krieg in Gaza geführt.

Israelische Truppen hielten auch am Donnerstag das Schifa-Krankenhaus in Gaza-Stadt besetzt. Nach der Erstürmung des Klinikkomplexes in der Nacht zu Mittwoch präsentierte Daniel Hagari, Sprecher der israelischen Streitkräfte, vor Journalisten Fotos von Waffen, Munition, Hamas-Uniformen und technischem Gerät, welches man in der Radiologieabteilung des Krankenhauses gefunden habe. Auf einem Laptop seien Fotos der Geiseln entdeckt worden. Es handele sich um eine »Kommandozentrale« der Hamas, so Hagari. Sowohl das Gesundheitsministerium in Gaza als auch die Hamas widersprachen der Darstellung. Waffen und bewaffnete Kräfte seien im Krankenhaus nicht zugelassen.

Das US-Magazin Democracy Now telefonierte mit Ärzten im Schifa-Krankenhaus, während die israelische Armee die Gebäude durchsuchte. Junge Männer – medizinisches

Personal oder Angehörige von Verletzten oder Vertriebenen – wurden aufgefordert, sich zu ergeben. Männer seien befragt worden, einige mussten sich komplett ausziehen, die Augen wurden ihnen verbunden. Der Chirurg Ahmed Al-Mokhallati sagte, er und andere Ärzte befänden sich in der Klinik, wüssten aber nicht, was geschehe. Es werde »andauernd geschossen«, Panzer führen über das Gelände. Mit der israelischen Armee im Krankenhaus sei die Lage sehr gefährlich, so der Arzt. Man könne nicht von einem Gebäude in ein anderes gehen, man könne die Patienten, niemanden mit Essen versorgen.

Die in Genf ansässige Nichtregierungsorganisation Euro-Med Human Rights Monitor berichtete, dass die israelische Armee am Mittwoch die letzte noch funktionierende Getreidemühle in Deir Al-Balah im Zentrum des Gazastreifens bombardiert habe. Die Mühle musste ihre Arbeit einstellen. Der Mangel an Mehl für das Backen von Brot sei enorm, so die Menschenrechtsorganisation. Dutzende Bäckereien in Gaza-Stadt und im Norden des Gazastreifens seien bereits von der israelischen Armee zerstört worden. Israel führe auch einen Hungerkrieg gegen die Bevölkerung von Gaza.

Das jordanische Außenministerium teilte am Mittwoch mit, bei einem Angriff der israelischen Armee in unmittelbarer Nähe eines Feldlazaretts, das Amman dem Gazastreifen zur Verfügung gestellt hat, seien sieben Mitarbeiter der Einrichtung verletzt worden. Man habe eine Untersuchung eingeleitet. Das Ministerium sprach von einem Kriegsverbrechen. Am Donnerstag hat Israel dem UN-Menschenrechtskoordinator Volker Türk die Genehmigung für eine Einreise in den Gazastreifen verweigert. Man sehe in diesem Besuch keinen Nutzen, teilte die Vertretung Israels am Sitz der UNO in Genf mit. Türk hatte eine internationale Untersuchung des Krieges zwischen Israel und Hamas gefordert.

<https://www.jungewelt.de/artikel/463349.nahostkonflikt-westbank-vor-explosion.html>

17.11.2023

Helga Baumgarten und Darwish al-Kurd

Westbank vor Explosion

Krieg in Nahost: Israelische Armee und Siedler unterdrücken Menschen in Westbank und Ostjerusalem

Das Morden in Gaza geht weiter. Kaum jemand interessiert sich derweil für die Palästinenser in der Westbank und in Ostjerusalem. Dort fühlen sich die israelischen

Siedler – immer unterstützt von der Armee – frei, ihre langgehegten Pläne zu realisieren: Siedlungen müssen expandiert, Palästinenser vertrieben werden. Widerstand wird unterdrückt. Die Palästinenser sollen verstehen, wem das Land gehört.

Eine Pionierin unter den Siedlern ist Daniella Weiss. In den 1970er Jahren ist sie ins palästinensische Bergland gezogen, wo sie die Siedlung Kedumim auf illegal konfisziertem Land etablierte. Inzwischen leben dort Tausende Siedler, einer extremistischer als der andere. Bezalel Smotrich, in der Regierung von Benjamin Netanjahu Finanzminister, ist Weiss' Nachbar.

Ein Interview mit Weiss im *New Yorker* vom 11. November zeigt die menschenverachtende Ideologie der Siedler. Palästinenser haben für sie keine Rechte. Nur wenn sie die »Siedlerrealität« akzeptieren, »dürfen« sie unter israelischer Souveränität leben. Weiss' Ziel ist, dass in der Westbank inklusive Ostjerusalems und der Golanhöhen statt derzeit 800.000 Siedlern zwei und später drei Millionen ihre Herrschaft ausüben. Damit soll die Option eines palästinensischen Staates, die im Westen verbal noch aufrechterhalten wird, ad acta gelegt werden.

Nicht genug damit. Für Weiss liegen die Grenzen des jüdischen »Homelands« im Osten am Euphrat, im Westen am Nil. Libanon gehört auch dazu. In Gaza sollen die 2005 unter Ariel Scharon abgezogenen Siedlungen wiederaufgebaut werden. Die Bewohner Gazas will Weiss auf den Sinai, nach Ägypten oder in die Türkei vertreiben. Bilder toter Kinder in Gaza erschüttern sie nicht: »Meine Kinder kommen zuerst, vor denen des Feindes. Punkt.« Dies ist das Umfeld, in dem Smotrich lebt. Vor wenigen Monaten wollte er das Dorf Hawara dem Erdboden gleichmachen. Seine Pläne für Hawara realisiert die Armee in Gaza.

Die Gewalt von Armee und Siedlern in der Westbank hat in den vergangenen zwei Jahren zugenommen. Von Januar bis Oktober 2023 wurden mehr als 400 Palästinenser von Armee und Siedlern getötet, darunter etwa ein Drittel Kinder. Seit dem 7. Oktober explodierte die Zahl der Morde. Fast 200 Opfer sind zu beklagen, darunter wieder etwa ein Drittel Kinder. Über 2.700 Menschen wurden verletzt. Parallel dazu verhaftet die Armee Nacht für Nacht zahllose Palästinenser, immer unter dem Vorwand, sie seien Aktivisten der Hamas, manchmal des Islamischen Dschihad.

Zu den mehr als 4.000 Gefangenen in israelischen Gefängnissen kamen aus der Westbank seit dem 7. Oktober so 2.000 weitere Festgenommene. *Wie Al-Dschasira berichtet*, stieg die Zahl der inhaftierten Palästinenser damit auf über 10.000. Gegen jede Verhaftung protestieren die Menschen. Das ruft die Armee auf den Plan: Steine und Molotowcocktails gegen Panzer, Hubschrauber, inzwischen Kampfflugzeuge. Am schlimmsten trifft es die Flüchtlingslager. Der Publizist Gideon Levy sprach in der Zeitung *Haaretz* vom Donnerstag von Pogromen durch »ekstatische Siedler« und »rachedurstige Soldaten«. Dabei wird alles kurz und klein geschlagen: Straßen werden aufgerissen, Wasser- und Stromleitungen durchtrennt.

Junge Menschen werden verhaftet auf der Basis von gefälschten Beiträgen in sozialen Netzwerken. Das beste Beispiel ist Ahed Tamimi aus dem Dorf Nabi Saleh bei Ramallah. 2017 wurde sie weltweit bekannt, als sie einen israelischen Soldaten ohrfeigte. Dafür saß die damals 16jährige acht Monate im Gefängnis. Jetzt wurde sie wegen eines angeblich von ihr verfassten Posts wieder festgenommen.

Inzwischen ist die gesamte Westbank zerstückelt. Jeder Ort ist vom nächsten abgeschnitten, ein Durchkommen fast unmöglich. Die »ethnischen Säuberungen« werden täglich verschärft. Bewohner von 16 Dörfern, so Levy, wurden inzwischen vertrieben. Das sind laut der UN-Behörde OCHA 121 Großfamilien mit etwa 1.500 Menschen. Palästinenser sprechen von einer ununterbrochenen Nakba oder »Katastrophe« seit 1948. Gideon Levy warnte am Donnerstag in *Haaretz* vor der »großen Vertreibung«, die bevorstehe. Die Palästinenser winden sich im Schmerz, und die Westbank ist dabei, als nächstes zu »explodieren«.

Ossietsky - Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft Nr. 23/2023

Susanna Böhme-Kuby

Zur Aktualität Tucholskys

Nach Jahrhunderten diffuser Kriege war das Gewaltmonopol verstaatlicht worden, mit dem Recht auf Kriegsführung zwischen konkurrierenden Nationalstaaten Europas. Neuen imperialistischen Ambitionen folgend, rüsteten diese auf wie nie zuvor. Schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts war als Ausgang der sogenannten Gründerkrise der 1870er Jahre ein großer Krieg in Europa absehbar: »Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit«, schrieb Friedrich Engels 1887. Nicht von ungefähr entwickelte man schon damals vielfältige pazifistische Gedanken, moralisch, ethisch, auch wissenschaftlich fundiert. Deren überwiegend bürgerliche Vertreter (Bertha von Suttner, Ludwig Quidde, Alfred H. Fried, Hellmut v. Gerlach u. a.) hielten nationale Verteidigungskriege für legitim, ohne die aufziehenden Gefahren des neuen Imperialismus zu erkennen. Sie trafen sich auf Friedenskonferenzen, meinten es zweifellos gut, erreichten aber nicht viel und waren schon 1914 verstummt. Bereits damals wurden Pazifisten überschrien von einer rhetorischen Kriegsmobilisierung der Willigen. Es gab dann ja auch – außer Karl Liebknecht – keinen Abgeordneten, der im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite stimmte.

Nach den furchtbaren Erfahrungen zweier Weltkriege und weiterer hundert lokaler Kriege seit 1945 ist von vielen noch immer selbst denkenden Menschen weltweit alles, aber auch wirklich alles Erforderliche zum Thema Friedenssicherung gedacht, gesagt und geschrieben worden – ohne dass das alles auch nur einen einzigen Krieg verhindert hätte. Angesichts nun neuer naher Kriege sei nochmals an die Weitsicht des Friedenskämpfers Kurt Tucholsky erinnert. Er war kein Hellseher, aber imstande, Phänomene früh als Symptome zu erkennen.

I. »Im Grünen fing's an und endete blutigrot«, so brachte Ignaz Wrobel »die zurückgelegte Wegstrecke vom Frieden zum Krieg, 1913-1918« auf den Punkt.

Das war 1919. Nicht vorhersehen konnte er, dass achtzig Jahre später es sich ausgerechnet die Grünen nicht nehmen ließen, in Jugoslawien Auslandseinsätze deutscher Militärs zu rechtfertigen – erstmals nach 1945. Bis heute rufen grüne Politiker verstärkt nach Waffen, die wiederum blutigrot enden.

Tucholsky wusste, dass es immer ökonomische Machtstrukturen und geopolitische Interessen der jeweiligen »nationalen Bourgeoisien« sind, die eine Kriegspolitik bestimmen. Darin sah er die Hauptursache künftiger Konflikte: »Die große Gefahr, die Deutschland durch den immanenten Explosivstoff, den es in sich birgt, heute noch ist, liegt nicht im Stahlhelm, nicht in einer Karnevalsgesellschaft von vorgestern, nicht allein bei der Reichswehr. Die wirkliche Gefahr in Deutschland ist der interfraktionelle Stresemann-Typus, den man von den Deutschnationalen bis zur Demokratischen Partei in allen Schattierungen vorfindet.«

Und Tucholsky resümierte, nachdem er in Potsdam im Mai 1927 den Vorbeimarsch einer Stahlhelm-Kolonnie gesehen hatte: »Ich gehöre seit 1913 zu denen, die den deutschen Geist für fast unwandelbar vergiftet halten (...), die die verfassungsmäßige Demokratie für eine Fassade und für eine Lüge halten, und die auch heute noch, entgegen allen Zusicherungen und optimistischen Anwendungen, einen hohlen Stahlhelm für lange nicht so gefährlich halten wie einen seidigen Zylinder.«

Heute tragen die Spitzen unserer nationalen Bourgeoisie selbst in Bayreuth keine seidigen Zylinder mehr, und man müsste präziser von transnationalen Kapitalvertretern sprechen. Die können etwa die Verteidigungs-Kriegshandlungen der Ukraine unterstützen, obwohl diese Frontstellung und der Wirtschaftskrieg gegen Russland keineswegs im nationalen Interesse der deutschen Wirtschaft liegen. Sanktionsspiralen verursachen mehrseitige Wirtschaftskrisen, so wie Rüstungsspiralen mehr gegenseitige Unsicherheit schaffen. All das zeigt, wie es um eine deutsche Souveränität wirklich bestellt ist. Im Kampf gegen das in der Ferne absehbare Ende der amerikanischen Vorherrschaft in der Welt ist auch Europa keine eigenständige Rolle zugeordnet, sondern wird nun den Wechsel einlösen müssen, den ihm die USA nach 1945 ausgestellt hatten – als Eintrittskarte in ihre sogenannte »freie Welt«. Deren Wohlstandsversprechen für alle endete in Klima- und Umweltkrisen, neue Verteilungs-Konflikte stellen die Lebensbedingungen für den größten Teil der Menschheit in Frage. Und dass der Kapitalismus seinen wiederholten großen Wirtschaftskrisen vor allem mit Kriegen und Kapitalzerstörung begegnet, zeigt die Geschichte. Tucholsky schrieb 1922: »Dem geschulten Arbeiter ist heute klar, was dieser Krieg gewesen ist. Er war nicht etwa eine Notwendigkeit, nicht das Aufeinanderprallen zweier Geistesrichtungen, nicht das ›Stahlbad‹ für die Seele eines Volkes. Es war etwas anderes. Dieser Krieg war die natürliche Folge des kapitalistischen Weltsystems.«

Schon früh begriff Tucholsky, dass es in der Weimarer Realität keine Abkehr vom Autoritarismus und Militarismus geben würde. Seine der eigenen Kriegserfahrung entstammenden, aufrüttelnden Militaria-Aufsätze in der *Weltbühne*, die gewissermaßen die Gräueltaten des 2. Weltkriegs schon vorwegnahmen, zeigten keinerlei Wirkung.

II. Die Losung »Krieg dem Kriege« besagt auch: gegen diejenigen kämpfen, die Kriege inszenieren und dann von all den Kriegen profitieren, die sie von anderen führen lassen, immer von anderen.

»Soldaten sind Mörder!« urteilte Tucholsky. Darf man das heute laut sagen? Unsere Medienwelt tickt ganz anders, sie lässt nur noch die in jedem Krieg auf allen Seiten übliche Propaganda zu, wobei wir heute de jure noch gar nicht direkt Krieg führen, sondern ihn nur aus dem Hinterhalt befeuern. Tucholsky kannte die Bedeutung der Massenmanipulation auch in einer sogenannten Friedenszeit und wiederholte: »Immer mehr zeigt sich, was wahre Kriegsursache ist: Die Wirtschaft und der dumpfe Geisteszustand unaufgeklärter und aufgehetzter Massen.« Und: »Der moderne Krieg hat wirtschaftliche Ursachen. Die

Möglichkeit, ihn vorzubereiten und auf ein Signal Ackergräben mit Schlachtopfern zu füllen, ist nur gegeben, wenn diese Tätigkeit des Mordens vorher durch beharrliche Bearbeitung der Massen als etwas Sittliches hingestellt wird. Der Krieg ist aber unter allen Umständen zutiefst unsittlich.«

Tucholsky sah in der Weimarer Republik eine Zwischenkriegszeit. Bereits 1919 hatte er ja exakt vorausgesagt: »und in abermals 20 Jahren kommen neue Kanonen gefahren«. Er erkannte früh, dass der 1. Weltkrieg fortgeführt würde, wenn seinen Prämissen nicht Einhalt geboten würde: »Diesen latenten Kriegszustand bekämpft man (...), indem man die Verursacher und die Ursachen dieser Wirtschaftsordnung beseitigt. Sie kann keinen Frieden halten, weil sie den Krieg zum Leben braucht.« Mit solch knappen Worten benannte er die Prämissen aller modernen Kriege und misstraute folglich sowohl der Stresemann'schen Außenpolitik als auch dem sogenannten »Geist von Locarno«, der Mitte der 20er Jahre den künftigen Frieden in Europa garantieren sollte: »Wir gehen nicht den Weg des Friedens. Es ist nicht wahr, dass freundliche Gespräche am Genfer See den Urgrund künftiger Kriege aus dem Weg räumen werden: die freie Wirtschaft, die Zollgrenzen und die absolute Souveränität des Staates. (...) Wir stehen da, wo wir im Jahr 1900 gestanden haben. Zwischen zwei Kriegen.«

Tucholsky teilte auch nicht den schon damals propagierten Glauben an die Segnungen des neuen Rechtes auf Selbstbestimmung der Völker, mit dem ja US-Präsident Wilson die Gründung neuer Staaten nach Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie befördert hatte. Er hielt dieses Recht für nur scheindemokratisch, ja, sogar für gefährlich, insofern es nämlich von den realen Machtkonstellationen in Europa absah, bzw. von ihnen ablenkte. Man denke nur an die tödlichen Implikationen der ethnischen Aufladung jenes Prinzips noch bei der späteren Zerschlagung Jugoslawiens – ganz zu schweigen von weiteren zerstörerischen Folgen nach der Auflösung der Sowjetunion, vor denen wir heute stehen!

III. Das Problem der Schaffung eines dauerhaften Friedens beschäftigte damals viele Menschen. In einem Briefwechsel mit Sigmund Freud hatte Albert Einstein 1932 festgestellt, dass »die Minderheit der jeweils Herrschenden vor allem die Schule, die Presse und meistens auch die religiösen Organisationen in ihrer Hand (hat). Durch diese Mittel beherrscht und leitet sie die Gefühle der großen Masse und macht diese zu ihrem willenlosen Werkzeug.«

Gegen solche Manipulierung heutzutage anzukämpfen, die von inzwischen weltweit operierenden Medienkartellen mittels »Verbreitung der Dummheit mit den Mitteln der Technik« (wie es Tucholsky weitsichtig schon 1927 formulierte) die veröffentlichte Meinung gerade in unseren sogenannten Postdemokratien dominiert, stellt uns Nachgeborene vor ein schwieriges Problem. War schon damals die Funktion der Massenmedien, wie Tucholsky in Weimar feststellte, eine »Verschleierung der Wahrheit und Ablenkung vom Wesentlichen«, so müssen wir prüfen, ob und wenn ja, mit welchen Mitteln heute überhaupt noch eine aufklärerische Zielsetzung von Gegeninformation mit Aussicht auf »Wirkung« möglich ist und aufrechterhalten werden kann.

Tucholsky sah auch in den nie erfolgreichen Revolutionen, in den immer erfolgten Klassenkompromissen zugunsten der Herrschenden, einen Grund für die deutsche Misere: »Das ist seit Jahrhunderten das große Elend und der Jammer dieses Landes gewesen, dass man vermeint hat, der eindeutigen Kraft mit der bohrenden Geistigkeit beikommen zu können. Wenn wir Andern, die wir hinter die Dinge gesehen haben, die wir glauben, dass die Welt, so wie sie ist, nicht das letzte Ziel für Menschen sein kann, keinen

Exekutor unserer geistigen Gesinnung haben, so sind wir verdammt, ewig und auch fürderhin unter Fleischergesellen zu leben, und uns bleiben die Bücher und die Tinte und das Papier, worauf wir uns ergehen dürfen. Das ist so unendlich unfruchtbar, zu glauben, man könne die negative Tätigkeit des Niederreißens entbehren, wenn man auf- bauen will.«

Schon im Frühjahr 1920 hatte er seinen widersprüchlichen Empfindungen Ausdruck gegeben: »Wohin führt das alles? Wir wissen es nicht. Töricht, sich dagegen zu sträuben. Töricht, die Zerfallssymptome zu leugnen. Eine Welt wankt, und ihr haltet an den alten Vorstellungen fest und wollt euch einreden, sie seien so nötig und natürlich wie die Sonne, (...) als sei das gute Alte noch nicht tot und werde eines Tages wiederkommen. Es kommt nie wieder (...). Eine Welle flutet über die Erde. Sie ist nicht rein ökonomischer Natur. (...) Es handelt sich nicht nur um die Frage, wie man die wirtschaftlichen Güter der Welt verteilen wird, wer arbeiten und wer ausnutzen soll. Es geht um mehr, um alles. (...) Es dämmt. Und wir wissen nicht, was das ist: eine Abenddämmerung oder eine Morgendämmerung.« Ich fürchte, heute wissen wir, was es ist. Vor uns steht eine weltweite Militarisierung ungezählter Konflikte als bisher einzige Antwort auf die andauernde Krise des Kapitals – mit flankierenden Propagandaoffensiven.

<https://www.jungewelt.de/artikel/461127.krieg-gegen-gaza-mechanismus-der-gewalt.html>

Moshe Zuckermann

Mechanismus der Gewalt - Zur Rolle von israelischer Regierung, Medien und westlichen Politikern im Krieg gegen Gaza

Das Entsetzen über die Auswirkungen der Attacke der Hamas auf israelische Siedlungen ist diesmal besonders hoch. Zu grauenhaft die Bilder der barbarischen Massaker und Mordexzesse, die man nach und nach zu sehen bekommt; zu unfassbar das Versagen des Militärs in den ersten Stunden, das den Angegriffenen keinen Schutz und trotz herzerschütternden Anflehnungen keine Hilfe zu bieten vermochte; zu eklatant die tatenlose Erbärmlichkeit der ansonsten populistisch demagogischen Regierung, die plötzlich verstummte. Die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Orten fühlten sich verlassen, sehen sich vom Staat verraten. Das muss betont werden: Politik und Armee sind in der entscheidenden Stunde gescheitert, haben zweifellos versagt. Was sich als »Überraschung« präsentierte, beinhaltete in erster Linie Unterlassung von Gefordertem, arrogante Nonchalance der Verantwortlichen und die damit einhergehende Ideologie, die man sich über Jahre zurechtgebastelt hatte.

Die Leiderfahrung ist enorm, die Not gewaltig. Aber schnell schlug die Niedergeschlagenheit in wutentbrannte Aggression um. Angefeuert von den Medien, die politische Kommentare und Analysen lieferten, die letztlich primär auf Rache und brutale Vergeltung aus waren (und sind), obgleich sie sich als »Lösung« gaben: Die Hamas gehöre eliminiert, daher müsse Gaza in Schutt und Asche gelegt, »dem Erdboden gleich« gemacht werden. Bodentruppen werden erst dann eingesetzt werden, wenn die Luftwaffe die radikale Vorarbeit geleistet haben wird. Die Luftwaffe hat in den vergangenen Tagen eine Bombentonnage über Gaza abgeworfen wie noch nie zuvor (nach eigenem Bekunden). Dabei wurde die Doktrin des »chirurgischen« Vorgehens aufgegeben – im Krieg wie im Krieg, heißt es. Man könne diesmal keine Rücksicht auf Kollateralschäden nehmen und eben auch nicht auf Menschen im bombardierten Gebiet. Bei einigen geht es so weit, dass sie auch die von der Hamas gemachten Gefangenen und Geiseln in diesem Postulat mit einbeziehen.

Die entmoralisierte Rhetorik versteht sich als Notwendigkeit, zumal sich der US-Präsident so auf Israels Seite stellte, dass Bedenken gegenüber der Revanchepraxis mit »westlichen Werten« getränkt und eventuell auftauchende Gewissensfragen gleich ertränkt werden. Zu böse ist die ISIS-ähnliche Hamas, zu unschuldig Israel, als dass man heute in dem Land ernsthaft wagen würde, zu fragen, was dessen Anteil – über das unmittelbare operative Versagen hinaus – an dem Fiasko ist. Kaum erörtert wird, dass es Benjamin Netanjahus Postulat von jeher war, die Hamas zu erhalten, sie (indirekt) zu finanzieren und zu fördern, weil sie als effektives Gegengewicht zu den politischen Ansprüchen der PLO (der Gründung eines palästinensischen Staates im Rahmen der Zweistaatenlösung) instrumentalisiert werden kann. Nicht thematisiert wird zudem, dass die Schwächung der israelischen Armee (und der institutionellen Strukturen des israelischen Staates) durch die staatsstreichartige »Justizreform« der von Netanjahu kreierte ultrarechten Koalition bewirkt worden ist. Schon gar nicht denkt man daran, das essentielle Grundproblem der israelischen Polit- und Sozialrealität anzuvisieren: die Okkupation bzw. die Unterwanderung jeglichen Ansatzes einer politischen Lösung des Konflikts mit den Palästinensern. Der Konflikt gehöre nicht gelöst, sondern verwaltet, war (und ist noch immer) Netanjahus Grundüberzeugung.

Und er, der größte Versager von allen, er, der Israel seit vielen Monaten in den Abgrund reißt, um seine privaten Interessen (die Verhinderung eines Urteils in seinem Prozess) zu wahren, er sieht sich nun legitimiert in seiner Ausrichtung und seinen Handlungen: Die Monstrosität des von der Hamas Verbrochenen kommt ihm sehr zupass, hat ihn vorerst nachgerade gerettet – die Proteste gegen ihn sind erlahmt, die westliche Welt spendet ihm Rückendeckung, die gebeutelte israelische Bevölkerung ohnehin. Die Luftwaffe darf sich im Gazastreifen austoben. Und wer weiß, er wird vielleicht auch noch als Sieger aus alledem hervorgehen, mit Hilfe der »westlichen Demokratien« und der von ihnen mitgeförderten politischen Stagnation bei der Lösung des Konflikts mit den Palästinensern. Die Katastrophe der Bewohner Gazas interessiert dabei ohnehin niemanden. Sie hätten es sich selbst zuzuschreiben, was ihnen nun widerfährt.

Dieter Elken, 2009

Israel - ein Kolonialsiedlerstaat in der Sackgasse

Israel und die deutsche Staatsräson

„Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar“, bilanzierte Bundeskanzlerin Angela Merkel am 18.03.2008 das Verhältnis deutscher Regierungen zu Israel.¹ Diese Erklärung Angela Merkels darf in der Bundesrepublik fast schon als nicht kritisch hinterfragter parlamentarischer und massenmedialer Konsens gelten. Ein Konsens mit praktischen Auswirkungen.

So hatte beispielsweise nach den von der Hamas gewonnenen palästinensischen Nationalratswahlen 2006 Merkels Sprecher erklärt: „Die radikal-islamische Hamas muß nach Ansicht von Bundeskanzlerin

Angela Merkel (CDU) das Existenzrecht Israels "ohne Wenn und Aber" anerkennen und auf Gewalt verzichten, wenn die Zusammenarbeit der EU-Staaten mit der Palästinensischen Autonomiebehörde fortgesetzt werden solle.“² Selbst während des kriegsverbrecherischen Gemetzels an Zivilisten während des israelischen Gazafeldzuges zur Jahreswende 2008/2009 nahm die Bundesregierung die nicht den Tatsachen entsprechende israelische Kriegspropaganda für bare Münze, wonach die Hamas den seit Sommer 2008 vereinbarten Waffenstillstand gebrochen habe. Folgerichtig wurde für Israel Partei ergriffen.

Im Mai 2008 bekannte sich auch Gregor Gysi auf einer Rede in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Existenzrecht Israels. Die Gewährleistung des Existenzrechts Israels verkündete er, sei Bestandteil der deutschen Staatsräson, die die Linke zu akzeptieren habe.

Diese Art von Erklärungen sind in der deutschen Politik nichts Neues. Im vergangenen Jahrzehnt wurde diese Art von Bekenntnissen zu einer Konstante deutscher Politik.

Das Existenzrecht Israels ist "unantastbar", betonten CDU und CSU in ihrer gemeinsamen Erklärung vom 05.04.02. Die FDP wollte sich nicht lumpen lassen und bekräftigte in ihrem Parteitagebeschluss vom 11.05.02 das "uneingeschränkte Existenzrecht Israels". Ebenso proklamierte Ex-Außenminister Fischer am 25.04.02 im Bundestag das uneingeschränkte Existenzrecht Israels. Der frühere PDS-Fraktionsvorsitzende Roland Claus ließ sich bei diesem Anlaß ebenfalls nicht lange bitten: "Das Existenzrecht Israels darf nicht in Frage gestellt werden und wird auch nicht in Frage gestellt." Bundeskanzler Schröder faßte dies vorab am 12.12.2001 so zusammen: "Klar ist für uns Deutsche: Das Existenzrecht Israels ist nicht verhandelbar. Es ist unveräußerliche Grundlage deutscher Politik."

Wo in politischen Reden so viel Pathos und so wenig historische wie politische Substanz mitschwingt, wäre eigentlich die kritische Aufmerksamkeit der Medien gefragt. Doch das scheint hierzulande zu viel verlangt. Dabei drängen sich Fragen auf:

Haben Staaten ein Existenzrecht? Wenn ja, was bedeutet dessen Anerkennung oder Nichtanerkennung? Wieso ist Israel der einzige Staat, der die quasi naturrechtliche Anerkennung seines Existenzrechts verlangt? Und wer hat von einer deutschen Regierung verlangt, über das Existenzrecht Israels zu verhandeln?

Die BRD ist natürlich nicht in der Lage, ein solches Existenzrecht Israels wenn es denn eines gibt, zum Handelsobjekt zu machen, es veräußern oder zu verkaufen. Welches Interesse hat angesichts dessen die sogenannte politische Klasse dieses Landes daran, diese Frage zu immer wieder aufzuwerfen? Und schließlich: Was bedeutet es, wenn in diesem Zusammenhang von Staatsräson gesprochen wird?

Selbst vielen Anhängern der Linken dürfe nicht klar sein, daß Gysis Bekenntnis zur deutschen Staatsräson für eine linke Partei eine tiefe Zäsur bedeutet: Das Bekenntnis zur „Staatsräson“ bedeutet seit Macchiavelli die unbedingte Treue zum eigenen Staat und zwar um jeden Preis, unabhängig von Recht und Verfassung. Das Konzept der „Staatsräson“ ist ein vordemokratisches, außerkonstitutionelles. Es signalisiert ein rein taktisches Verhältnis zu verfassungsrechtlich garantierten Grundrechten und demokratischen Werten. Es nimmt daher nicht Wunder, daß die „Staatsräson“ vorrangig in rechtskonservativen Diskursen herumgeistert. Daß Merkel diesen Begriff benutzt, kann daher nicht wirklich überraschen. Bei Gysi sieht das anders aus.

Wer, wie viele politische Rechte von einer „Staatsräson“ ausgeht, meint nicht einmal einen bürgerlich-demokratischen Verfassungspatriotismus, sondern erkennt an, daß es unabhängig von positivem Recht und Verfassung nationale, d.h, im Klartext: Interessen der herrschenden Klasse gibt, die unter allen Umständen zu verteidigen seien, d.h. ohne Bindung an das geltende Recht auf nationaler wie internationaler Ebene. Gysi hat damit nicht etwa seine Verfassungstreue erklärt, sondern im Gegenteil seine Bereitschaft, auch jenseits der Verfassung die Interessen der herrschenden Klasse zur Grundmaxime seiner Politik zu machen. Er bemüht zur Begründung auch nur vordergründig Moral und höhere Werte. Seine Begründung ist so einfach wie opportunistisch: Die „tatsächlichen Verhältnisse“ seien nun einmal so, daß die deutsche Vergangenheit eine Infragestellung der moralischen Basis der deutschen Israelpolitik nicht erlaube. Wenn „Die Linke mitregieren wolle, müsse sie sich anpassen: Es bleibe dann „nur eine konsistente Option, die Anerkennung eines möglichen Vernunftgehalts moralischer Rechtfertigung politischer Prämissen, die dann mit der Entscheidung einhergehen müsste, diejenigen Wirklichkeitselemente, die sich tatsächlich auch vernünftig rechtfertigen lassen, nicht ändern zu wollen.“ Mehr Anbiederung an die Ideologie der herrschenden Klasse ist kaum möglich

Gysis Prämissen sind in Frage zu stellen, nicht zuletzt die Annahme, die deutsche Israel-Politik habe eine moralische Grundlage.

Die BRD hat als eine der wichtigsten imperialistischen Führungsmächte Europas, wenn nicht als die wichtigste Führungsmacht, tatsächlich die Fortexistenz Israels zu einer der Grundlagen ihrer Politik gemacht. Sie unterstützt darüberhinaus seit vielen Jahren nahezu kritiklos jeden Schritt der jeweiligen israelischen Regierungspolitik. Zudem fördert sie im Rahmen der Europäischen Union ebenso wie innenpolitisch die ökonomischen und politischen Interessen Israels bis hin zur großzügigen Finanzierung pro-israelischer Propaganda. Dies läßt sich nicht allein damit erklären, daß das deutsche Kapital und seine Regierung wie alle imperialistischen Mächte ein geostrategisches Interesse an der staatlichen Existenz Israels hat. Israel ist zu einem Eckpfeiler der imperialistischen

Ordnung im Nahen Osten geworden und es diese Ordnung die wiederum die Energieversorgung des Imperialismus maßgeblich sichert.

Die deutsche Israelpolitik verfolgt jedoch vorrangig innenpolitische Zwecke. Das Bekenntnis zur historischen Verantwortung Deutschlands für Israel – auf sehr fragwürdige Weise aus dem von den Nazis begangenen Völkermord an den Juden hergeleitet - demonstriert einen ebenso vordergründigen wie pathetischen Bruch der BRD und ihrer tragenden gesellschaftlichen Kräfte mit dem Faschismus.

Diese Zielsetzung hat einst Adenauer in seiner Erklärung vom 27.9.1951 vor dem Bundestag ausdrücklich benannt: "Hier und da sind Zweifel laut geworden, ob das neue Staatswesen in dieser bedeutsamen Frage von Prinzipien geleitet werde, die den furchtbaren Verbrechen einer vergangenen Epoche Rechnung tragen und das Verhältnis der Juden zum deutschen Volk auf eine neue und gesunde Grundlage stellen". Er erklärte sich dann bereit, "gemeinsam mit den Vertretern des Judentums und des Staates Israel, der so viele jüdische Flüchtlinge aufgenommen hat, eine Lösung des materiellen Wiedergutmachungsproblems herbeizuführen."

Indem der Faschismus seit Adenauers Zeiten propagandistisch auf den Holocaust reduziert wird, wird zugleich dessen untrennbarer Entstehungszusammenhang mit der Existenzkrise des Kapitalismus nach dem ersten Weltkrieg, mit imperialistischer Aggressivität nach außen (52 Millionen Tote im 2. Weltkrieg) und brutaler politischer Diktatur nach innen ideologisch entsorgt.

Die bundesdeutsche Politik suchte aus diesem Grund schon seit Adenauer den Schulterschluss mit der israelischen Regierungspolitik und ließ sich willig auf die Kampffideologie des Zionismus nach 1948 ein, wonach jede Infragestellung des Existenzrechts Israels gleichbedeutend mit Antisemitismus ist.³

Zionistischer Mythos und das Existenzrecht Israels

Viele derjenigen, die sich zu Propagandisten Israels berufen fühlen, gehen sogar so weit, jede Kritik an der israelischen Politik als antisemitisch zu diffamieren.⁴ Regelmäßig wird eine solche Kritik mit dem Vorwurf ergänzt, das Existenzrecht Israels werde negiert. Suggestiert wird damit nicht nur, daß das Existenzrecht Israels gleichbedeutend ist mit dem Existenzrecht des Judentums, sei es nun als Religionsgemeinschaft, als Nation oder gar als Rasse definiert, sondern darüber hinaus, daß die physische Existenz des Judentums selbst durch Antizionisten gefährdet werden soll.⁵

Die jüdische Glaubensgemeinschaft hat jedoch ursprünglich mit dem Staat Israel und seinem "Existenzrecht" nichts zu tun. Die ideologische Kunstfigur des Existenzrechts Israels hat ihren Ursprung nicht in der messianisch-religiösen Tradition des Judentums, sondern im Zionismus. Das zionistische Staatsbildungsprojekt widerspricht der jüdisch-religiösen Orthodoxie. Sie ist ihrem Wesensgehalt nach eine nationalistisch-rassistische Bewegung ganz eigener Art, die das Judentum weder als Religionsgemeinschaft noch als Nation gesellschaftlich emanzipieren wollte, sondern durch die Schaffung eines neuen, sowohl rassistisch wie national und religiös-kulturell lediglich in Umrissen bestimmten Kolonialsiedlerstaates. Der Zionismus war dementsprechend zu keinem Zeitpunkt eine nationale Befreiungsbewegung. Er suchte im Gegenteil sein Heil stets im Bündnis mit den Mächten, die er in der jeweiligen internationalen Lage für dominant hielt.

Die erst Ende des 19. Jahrhunderts gegründete zionistische Bewegung hat die kolonialistische Durchdringung des osmanischen Palästinas nicht begonnen. Sie hat die damals schon jahrzehntelang betriebenen und z.T. konkurrierenden Kolonialsiedlungsprojekte der Barone Rothschild und Hersch nur zu einem vordergründig jüdisch-nationalistischen Kolonialsiedlungsprojekt zusammengefaßt. Dessen Legitimität war in den Augen der Zionisten aus natürlichem und historischem Recht gegeben – völlig unabhängig vom Holocaust, der sich erst ein halbes Jahrhundert später ereignen sollte.⁶

Das zionistische Kolonialsiedlungsprojekt war mithin zu keinem Zeitpunkt der Geschichte das politische Projekt aller Juden. Die Kritik an ihm kann schon deshalb nicht mit Judenfeindschaft schlechthin gleichgesetzt werden.

1 http://service.tagesschau.de/download/pdf/merkel_rede_vor_knesset2008-03-18.pdf

2 http://www.welt.de/print-welt/article194086/Merkel_Hamas_muss_Existenzrecht_Israels_ohne_Wenn_und_Aber_anerkennen.html

3 Gestützt auf umfangreiches Archivmaterial analysiert Tom Segev in seinem Buch "Die siebte Million", Hamburg 1995, diesen Schulterschuß, der im beiderseitigen Interesse war.

4 vgl. Lothar Mertens: "Antizionismus: Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus", in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland, München 1995

5 So endet der Beitrag eines gewissen "is" auf der homepage hagalil.com vom 18.04.02 mit der Aussage: "Wer sich heute in die Front der Antizionisten einreihet, ist genauso Täter wie diejenigen, die jüdische Friedhöfe schänden oder Brandbomben auf Synagogen werfen."

6 Peter Gottstein: Israels Palästina-Politik 1984-1988, Ebenhausen 1989, S. 32 f

<https://www.kommunisten.de/rubriken/interviews/8957-dima-khatib>

Dima Khatib, Geschäftsführerin von Al Jazeera:

"Mit Gaza brechen das Völkerrecht und die Menschenrechte zusammen".

17. NOVEMBER 2023



IM INTERVIEW

17.11.2023: Dima Khatib, Geschäftsführerin des digitalen Dienstes AJ+ von Al Jazeera, koordiniert die Berichterstattung über den Gaza-Krieg für AJ+ von Al Jazeera und kümmert sich um ihre Kollegen im Gazastreifen, wo bereits 37 Journalisten getötet wurden: "Sie haben sich darauf eingestellt, dass sie sie jeden Moment getötet werden können."

Dima Khatib, Geschäftsführerin des digitalen Dienstes AJ+ von Al Jazeera (<https://www.aljazeera.com>), der auf Arabisch, Englisch, Französisch und Spanisch sendet, wurde in Syrien geboren, in Europa ausgebildet, ist palästinensischer Herkunft und gehört zu den einflussreichsten Frauen im Medienbereich der arabischen Welt. Sie war eine Kollegin und Freundin der berühmten palästinensischen Al Jazeera-Journalistin Shireen Abu Akleh, die letztes Jahr von israelischen Truppen im Westjordanland getötet wurde.

Heute koordiniert sie von Doha (Katar) aus die Inhalte von AJ+ und sorgt sich um ihre Kollegen in Gaza. Das Internationale Komitee zum Schutz von Journalisten warnt, dass in den letzten Wochen mehr Journalisten getötet wurden als in jedem anderen Konflikt seit

1992. Siebenunddreißig palästinensische Reporter haben im Gazastreifen ihr Leben verloren.



WAR ON GAZA

"The Al Jazeera Media Network extends its sincere condolences and sympathy to our colleague Wael Al-Dahdouh on the loss of his family in an Israeli air strike."

AL JAZEERA STATEMENT

ALJAZEERA

Die Bilder von Wael Al-Dahdouh, einem von Dima Khatibs Kollegen, gingen um die Welt. Auf ihnen läuft der Journalist durch die Gänge eines Krankenhauses in Gaza und sucht nach seinen Kindern und seiner Frau, die bei einem israelischen Angriff getötet wurden.

Zwei weitere von Khatibs Kollegen wurden im Oktober an der libanesischen Grenze bei einem israelischen Angriff verwundet, bei dem auch der Reuters-Journalist Issam Abdalah getötet wurde. Ein weiterer Al Jazeera-Mitarbeiter, Mohamed Abu Al-Qusam, hat bei einem israelischen Bombenangriff auf das Flüchtlingslager Jabalia in Gaza 19 Mitglieder seiner Familie verloren. Der katarische Fernsehsender Al Jazeera bezeichnete die Todesfälle als "Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, die nicht ungestraft bleiben dürfen und mit internationaler Gerechtigkeit geahndet werden müssen".

Die spanische Internetzeitung elDiario.es sprach mit Dima Khatib.

"Israels Apartheidsystem gegen die Palästinenser breitet sich in der ganzen Welt aus."

Frage: Die Zahl der Todesopfer der israelischen Angriffe im Gazastreifen übersteigt bei weitem die Zahl aller anderen Offensiven im Gazastreifen. Wie beurteilen Sie die internationale Reaktion auf diese Entwicklung?

Dima Khatib: Ich habe den Eindruck, dass sich das System der Apartheid, das Israel in Palästina über die Palästinenser ausübt, auf die ganze Welt gegen die Palästinenser ausweitet. Mit anderen Worten: Ein Palästinenser, der sich äußert, der etwas über Palästina sagt, wird an zu vielen Orten zensiert. Ein zionistischer Israeli hat alle Freiheiten,

sich zu äußern. Die internationale Gemeinschaft macht sich das Apartheidsystem gegen die Palästinenser zu eigen.

Wie kann das passieren? Sehen Sie, ich bin in Syrien aufgewachsen und habe dann in Europa studiert, wo ich etwas über Rechte gelernt habe. In der Schweiz, in Straßburg, am Institut für Menschenrechte, habe ich internationales Recht studiert. Und jetzt komme ich mir naiv vor. Ich habe an die Werte geglaubt, die ich in Europa gelernt habe, an die Grundsätze der Gleichheit, Brüderlichkeit und Freiheit. Und jetzt befinde ich mich in einer totalen Existenzkrise, denn es scheint, dass alles eine Lüge war.

Sie existieren nur im Zusammenhang mit politischen Interessen. Für die Ukraine gelten sie, und ich habe kein Problem damit. Aber für Palästina – da gelten sie nicht.

Frage: Was soll das heißen?

Dima Khatib: Mit 52 Jahren muss ich alles überdenken. Ich glaube, dass das, was in Gaza passiert, viele Dinge zwischen dem Westen und dem Rest der Welt zerbrechen wird. Hier in diesem Teil der Welt, in dem ich mich aufhalte [Naher Osten], haben wir den Respekt vor den Werten verloren, die uns einst inspirierten. Wir haben das Gefühl, dass dies ein Krieg des Westens gegen uns ist. Dass wir minderwertig sind, weil ein israelisches Leben viel mehr wert zu sein scheint als das eines Palästinensers.

"Man muss sich fragen, wie die Kinder in Gaza, die das Massaker sehen und erleiden müssen, aufwachsen werden."

Dies wird das Verhalten und die Überzeugungen so vieler Menschen verändern, die Einstellungen und Entscheidungen, die in Zukunft getroffen werden. Es ist furchtbar, dass es so weit gekommen ist. Stellen Sie sich vor, Sie sind ein Kind in Palästina, was werden Sie denken? Wie werden Sie aufwachsen? Es mag tatsächlich Hamas-Kämpfer geben, die 18 Jahre alt sind und nichts anderes kennen als die Blockade in Gaza.

Frage: Welche Folgen sehen Sie?

Dima Khatib: Wir sehen, dass der Planet den Regeln unterworfen ist, die von drei oder vier führenden Politikern der Welt aufgestellt werden. Und eine dieser Regeln ist der Anti-Palästinensertum.

Wer sich in einigen westlichen Ländern für die Rechte der Palästinenser einsetzt, riskiert den Verlust seines Arbeitsplatzes, den Rauswurf aus seinem Verein, Ermittlungen und die Beschuldigung, den Terrorismus zu unterstützen. Das ist eine Doppelmoral. Es gibt immer zwei Maßstäbe.

Ich dachte immer, es sei eine Frage der Rasse. Aber es geht tiefer. Wenn man nicht zu 100 % mit denen übereinstimmt, die die Macht und die Waffen haben, mit denen, die die Welt kontrollieren, dann zählt man nicht und sollte nicht existieren.

Deshalb ist das, was hier geschieht, so ernst. Ich fürchte, dass das, was wir Palästinenser erleiden, morgen die ganze Welt erleiden wird, dass die Werte, die Menschenrechte, das Völkerrecht damit definitiv fallen werden. Und in der Tat, all das bricht gerade zusammen. Wenn es nicht gerettet wird, werden wir alle untergehen.

Frage: Ihr Netzwerk hat Reporter vor Ort in Gaza. Auf welche Schwierigkeiten stoßen sie bei ihrer täglichen Arbeit?

Dima Khatib: Seit dem 7. Oktober ist im Durchschnitt mehr als ein Journalist pro Tag in Gaza getötet worden. Meine Kollegen dort sind sehr wichtige Informationsquellen, weil sie Zeugen dieser Realität sind.

"Unsere Journalisten in Gaza sind davon ausgegangen, dass sie jeden Moment sterben können."

Sie sind sich der Gefahr, in der sie sich befinden, sehr bewusst. Sie sind davon ausgegangen, dass sie jeden Moment sterben können. Wir alle wissen das. Aber was ist die Alternative? Zu gehen und nichts zu sagen, ist keine Option für sie. In diesen Tagen sehen wir, wie schwierig es ist, aus dem Norden des Gazastreifens zu berichten, vom al-Shifa-Krankenhaus bekommen wir kaum Bilder, nur ihre Stimmen. Es wird immer schwieriger.

Frage: Einige Kollegen haben ihre Angehörigen verloren...

Dima Khatib: Dieser Tage haben wir ein Interview mit unserer Al Jazeera English-Kollegin Youmna ElSayed ausgestrahlt, die mit ihrer Familie in Gaza lebt. An einer Stelle sagt sie, dass ihre Kinder sie fragen, ob es weh tut, wenn jemand durch eine Bombardierung getötet wird. Sie sagt: Nein, man hört nichts davon. Stellen Sie sich dieses Gespräch mit Ihren Kindern vor.

Ich denke zum Beispiel an Wael [Al-Daldouh], der 24 Stunden, nachdem seine Familie getötet wurde, wieder zur Arbeit ging und live aus Gaza berichtete. Wann wird er sich die Zeit nehmen können, sich von diesem Verlust zu erholen? Das ist ein Trauma nach dem anderen. Ich weiß, dass sie bis zum Ende alles tun werden, was sie können.

Es sind auch sehr junge Journalisten aufgetaucht, die die Nachricht über Netzwerke mit Hunderttausenden oder Millionen von Anhängern verbreiten. Ihre Rolle ist sehr wichtig, denn Israel lässt niemanden in den Gazastreifen, außer seiner eigenen Armee. Es gibt Journalisten, die mit den Besatzungstruppen in den Gazastreifen kommen, unter der Bedingung, dass sie die Bilder und Inhalte, die sie zeigen wollen, von der Armee kontrollieren lassen.

Ich habe den Eindruck, dass es als in Ordnung angesehen wird, mit der Armee einzumarschieren, wie sie es im Irak getan haben, und die Propaganda einer einmarschierenden Armee zu übernehmen, ohne überhaupt etwas nachprüfen zu können.



Der Journalist Wael Al Dahdoh mit den Leichen seiner Frau, seines Enkels und seiner beiden Kindern bei einem israelischen Angriff in Gaza getötet wurden. (Screenshot)



Francesca Albanese, UN Special Rapporteur oPt

@FranceskAlbs

...

I have been wondering for weeks why IOF spokesperson, generals and commanders were given so much space in western media, without being seriously questioned. This speaks volumes to the professionalism, objectivity and impartiality of certain media.

Original (Englisch) übersetzt von Google

Ich frage mich seit Wochen, warum IOF-Sprecher, Generäle und Kommandeure in den westlichen Medien so viel Raum eingeräumt bekommen, ohne ernsthaft befragt zu werden. Dies spricht Bände über die Professionalität, Objektivität und Unparteilichkeit bestimmter Medien.



Fadi Quran ✓ @fadiquran · 15. Nov.

How can anyone continue to trust statements from the Israeli army?

1. They said they found a paper with " Hamas terrorist names " in a hospital - the paper had days of the week written on it in Arabic...Monday, Tuesday...etc

...

[Mehr anzeigen](#)

8:47 nachm. · 16. Nov. 2023 **215.796** Mal angezeigt

<https://twitter.com/FranceskAlbs/status/1725239176046825907>

Francesca Albanese, UN-Sonderberichterstatterin über die besetzten palästinensischen Gebiete

eingefügt von kommunisten.de

Frage: Wie erleben Sie das als Journalistin, Direktorin von Al Jazeera und Palästinenserin?

Dima Khatib: Wir müssen weiterarbeiten, ruhig bleiben und den Glauben an die Menschheit nicht verlieren. Denn wenn man den Glauben verliert, was nützt es dann, eine Geschichte zu erzählen?

"Die Journalisten in Gaza werden bis zum Ende tun, was sie können."

In diesen Tagen ist der Kontext wichtig, damit die Menschen wissen, dass das Ganze nicht erst am 7. Oktober begonnen hat. Es ist wichtig, weiterhin aus dem Gazastreifen zu berichten, solange wir es noch können, denn wie immer wollen sie die Stimmen dort zum Schweigen bringen und das Töten mit dem Slogan fortsetzen, dass der Palästinenser böse ist und sterben muss. Und sie wollen es im Stillen tun, ohne Zeugen.

Der schwierigste Moment war für mich, als ich vor etwas mehr als einer Woche zum ersten Mal die massive Vertreibung von Menschen in Gaza sah. Denn es erinnerte mich daran, was meine palästinensische Großmutter vor Jahrzehnten durchmachen musste.

Frage: Woher stammte Ihre Großmutter?

Dima Khatib: Aus Tiberias, Nordpalästina. 1948 musste sie zu Fuß fliehen, ohne Gepäck, wie all die Menschen aus Gaza, die wir heute sehen. Sie war schwanger. Sie kam an der libanesischen Grenze an und brachte ihr Kind gleich nach ihrer Ankunft zur Welt. Meine Tante wurde am Tag der Gründung des Staates Israel, am 15. Mai 1948, unter einem Baum in einem Dorf an der libanesischen Grenze geboren.

"Meine Großmutter musste 1948 aus Palästina fliehen, schwanger und mit nichts. Sie brachte ihr Kind unter einem Baum an der libanesischen Grenze zur Welt."

Als sie in ihr Land, in ihre Heimat zurückkehren wollten, sagte man ihnen, sie seien keine Staatsbürger. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich die Geschichte wiederholt.

Frage: Wie haben Sie als Kollegin und Freundin von Shireen Abu Akleh ihre Ermordung im Westjordanland im vergangenen Jahr erlebt, und was bedeutet ihr Tod für Sie?

Dima Khatib: Shireen wurde im selben Jahr wie ich geboren, sie wohnte in dem Gebäude, in dem meine Tante noch immer in Ramallah lebt, sie fing im selben Jahr wie ich bei Al Jazeera an, und wir arbeiteten bei mehreren Gelegenheiten zusammen. Es war eine ziemlich tiefe, vielschichtige Beziehung. Als Palästinenserin, als Frau, als Journalistin, als Kollegin und als Freundin der Familie.



Die palästinensische Al Jazeera-Journalistin Shireen Abu Akleh, die 2022 von israelischen Truppen getötet wurde

Shireen war ein Vorbild. Heute wollen Frauen in der arabischen Welt eine Shireen sein. Und das ist wichtig. Denn in dieser Welt von Instagram, von Influencern, von künstlichen und leeren Werten ist es wichtig, wenn arabische Frauen in den sozialen Netzwerken mit ihrer Haarbürste als Mikrofon auftauchen und sagen: "Für Al Jazeera, Shireen Abu Akleh".

Und es ist immer noch präsent. Wenn ich auf Reisen bin, trage ich einen Schal mit seinem Gesicht, und die Leute halten mich an, sie erkennen ihn, sogar an Orten wie Kenia. Auch nach seinem Tod setzt er seine Mission fort, über Palästina zu sprechen und daran zu erinnern, was dort geschieht.

Frage: Wie ist der Stand der Ermittlungen?

Dima Khatib: Wir konnten nachweisen, dass sie von der israelischen Armee getötet wurde und dass dieser Angriff durch nichts gerechtfertigt war. Wir wissen, dass ihr Tod vorsätzlich herbeigeführt wurde. Wie immer hat Israel zunächst versucht, sein Verbrechen zu vertuschen. Kürzlich, genau an dem Tag, an dem Waels Familie in Gaza angegriffen wurde, haben die Vereinten Nationen bestätigt, dass "die israelischen Streitkräfte ungerechtfertigt tödliche Gewalt" gegen sie angewendet haben. Wir werden weiter voranschreiten. Ich werde weiterhin nach Gerechtigkeit fragen, sie fordern und mich dafür einsetzen.

Shireens Fall hat Symbolcharakter, denn er hilft zu verstehen, dass man als Palästinenser wertlos ist, selbst wenn man wie sie einen US-Pass hat.

Frage: Als Kenner der Kultur einiger lateinamerikanischer Länder und der Sprache, was würden Sie der spanischen und lateinamerikanischen Gesellschaft sagen?

Dima Khatib: Dass sie die Mittel, die sie haben, nutzen sollen. Helfen Sie uns, dieses Gemetzel zu beenden, damit die Menschen in Palästina aufatmen und ein normales Leben führen können, denn das ist eine kollektive, menschliche Verantwortung. Ich sehe Stimmen in Spanien, in Europa und in Lateinamerika, die die Verurteilung und den Prozess von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit fordern. Und das ist wichtig.

Ich weiß, dass der Schlüssel dazu die Führungen der großen Länder sind: die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Die Gleichen wie immer. Aber es gibt Möglichkeiten.

Sie können zum Beispiel die Beziehungen zu Israel abbrechen. Man kann den Israelis verbieten ihre Flagge zu hissen, wie es auch mit den palästinensischen ist. Man darf nicht zulassen, dass Kritik an Israel mit Antisemitismus gleichgesetzt wird. Nicht nur uns Palästinensern zuliebe, sondern weil dies den Weg dafür ebnet, dass die Welt ihre Handlungsmittel verliert.

Wenn man nicht in der Lage ist, das Grundrecht eines Volkes auf eine normale Existenz zu verteidigen, wird es morgen ein anderes Volk sein, das dasselbe erleidet. Das ist es, was ich sage: Verliert nicht eure Werkzeuge, benutzt sie, um das zu verteidigen, was von dem übrig ist, was ihr internationales Recht, Demokratie, Rede- und Gedankenfreiheit nennt.

Und verlangen Sie, dass die Medien ihre Arbeit richtig machen, dass sie keine Propaganda verbreiten, dass sie nicht zulassen, dass Biden bezweifelt, ob die Palästinenser tot sind oder nicht.

Frage: Wir sehen, dass die Regierungen vielerorts auf der Straße zur Rede gestellt werden.

Dima Khatib: Die Mobilisierung der Zivilgesellschaft ist bemerkenswert, nicht nur in den arabischen Ländern, sondern auch in der westlichen Welt. Vielerorts wird Druck auf der Straße ausgeübt, in London, Washington, New York, Paris, Deutschland. Die USA haben einige Erklärungen abgeschwächt, weil sie den Druck spüren.

Aber in Gaza sterben sie immer noch, vor unseren Augen. Ich frage mich, wie wir das Leben danach ertragen werden.

Frage: Warum wollten Sie Journalistin werden?

Dima Khatib: Ich habe in Europa Übersetzen und Dolmetschen studiert [er spricht acht Sprachen fließend]. Zu unserer Ausbildung gehörte auch das Studium der juristischen Übersetzung des internationalen Rechts. Ich habe ein Praktikum bei den Vereinten Nationen gemacht und auch am Institut für Menschenrechte in Straßburg studiert, um mich mehr auf Menschenrechte und internationales Recht zu spezialisieren, weil mir das wichtig erschien.

Ich war Dolmetscherin bei der UNO, als der Krieg in Ruanda stattfand, und das brachte mich dazu, Journalistin zu werden, weil ich das Gefühl hatte, dass die Botschaft als Übersetzerin nicht über den Raum hinausging, in dem ich übersetzte. Sie tranken Kaffee in dem Raum mit dem Mann, der aus Ruanda kam und schreckliche Dinge erzählte und dann nach Ruanda zurückkehrte, um die schrecklichen Dinge zu erzählen, die er erzählt hatte.

Es schien, als ob alle bei den Vereinten Nationen Kaffee trinken würden. Und deshalb wollte ich Journalistin werden. Ich wollte in der Lage sein, die Geschichte zu erzählen und über diesen Raum hinauszugehen.

übernommen von:

elDiario.es, 16. November 2023: Dima Khatib, directiva de Al Jazeera: "Con Gaza caen el derecho internacional y los derechos humanos"

von Olga Rodriguez

https://www.eldiario.es/internacional/dima-khatib-directiva-jazeera-gaza-caen-derecho-internacional-derechos-humanos_128_10685420.html

CC BY-NC 4.0 Deed <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.es>

eigene Übersetzung

Michael Holmes

Interview mit Rashid Khalidi/ „Alles menschliche Leben ist wertvoll. Das humanitäre Recht gilt für alle

Ein Interview mit Rashid Khalidi, palästinensisch-amerikanischer Historiker für den Nahen Osten an der Columbia University in New York City. In den 1990er-Jahren arbeitete er als Berater der palästinensischen Verhandlungsführer in Madrid und Washington. Er hat zahlreiche Bücher über den Nahen Osten geschrieben, darunter „Hundert Jahre Krieg um Palästina“, das eine faktenreiche Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts von 1917 bis 2017 bietet. Das fesselnde Buch ist eine scharfe Kritik an Israels zahlreichen Kriegen gegen das palästinensische Volk und der fortdauernden Kolonisierung Palästinas. Dennoch bietet es eine ausgewogene, nuancierte Sicht des Konflikts. Khalidi hat faszinierende persönliche Geschichten von mehreren Generationen der Familie Khalidi in die Erzählung eingeflochten. Er appelliert an alle Araber, die große Bedeutung des Holocausts und des Staates Israel für das jüdische Volk anzuerkennen. In diesem Interview erklärt er die jüngste Eskalation des Konflikts, seine tiefen historischen Wurzeln, die Rolle des Westens und Israels Propagandamythen. Das Gespräch führte **Michael Holmes**.

Herr Khalidi, wie geht es Ihnen in diesen Tagen?

Ich fühle mich sehr bedrückt. Ich habe Familie in Gaza und anderen Teilen Palästinas. Ich habe viele Studenten und Freunde in Palästina und Israel. Ich bin sehr verzweifelt, vor allem angesichts der enormen Verluste an zivilen Opfern in Gaza.

Was sind Ihre ersten Gedanken zum jetzigen Zeitpunkt? Was ist aus Ihrer Sicht am wichtigsten zu verstehen?

Es ist sehr wichtig zu verstehen, dass nach dem humanitären Völkerrecht und nach allen moralischen Maßstäben ziviles Leben so weit wie möglich geschützt werden sollte. Das gilt nicht nur für die israelische Zivilbevölkerung – es sei denn, man legt einen perversen moralischen Maßstab an –, sondern für die gesamte Bevölkerung. Während ich glaube, dass die meisten Menschen in der Welt dies verstehen, denke ich, dass es in Teilen des Westes nicht so gut verstanden wird, wie es sein sollte. Ich denke, es gibt Annahmen über Israels Recht auf Selbstverteidigung und Fragen wie Verhältnismäßigkeit und Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegssituationen, die nicht vollständig verstanden werden.

Es ist ganz klar, dass israelische Zivilisten getötet werden, wie es vor allem am 7. Oktober geschah. Dabei handelt es sich um Nichtkombattanten. Irgendwie ruft die Tötung von derzeit etwa über 10.000 Palästinensern nicht dieselbe Art von Besorgnis hervor, und das finde ich sehr beunruhigend. Das gilt aber nicht für alle. Ich denke, dass ein Großteil der

öffentlichen Meinung im Westen diesen Standpunkt, dass alles menschliche Leben wertvoll ist und das humanitäre Völkerrecht für alle gilt, durchaus teilt. Aber für die meisten unserer Politiker, für einen Großteil unserer Medien und leider auch für viele Institutionen in unserer Gesellschaft ist das einfach nicht der Fall. Einige Menschenleben werden für wichtiger gehalten, einige Zivilisten, und das ist für mich sehr beunruhigend.

Ich bin ziemlich schockiert über das Ausmaß der Propaganda, sogar in Deutschland. Ich bin das bei diesem Konflikt gewohnt, aber im Moment ist es ziemlich extrem, weil es so offensichtlich ist, dass jeden Tag Kriegsverbrechen begangen werden. Sie sagen uns die ganze Zeit, dass die Hamas menschliche Schutzschilde einsetzt und so weiter. Was ist Ihre Reaktion darauf? Warum gibt es keine Rechtfertigung für das, was passiert?

Jede irreguläre militärische Kraft versteckt sich unter den Menschen, wie Fische im Meer schwimmen. Außerdem kann man sich in Gaza nirgendwo verstecken. Es ist ein winziger Raum. Armeeeinrichtungen befinden sich auch in und um israelische Gemeinden. Niemand behauptet, dass sich Israel hinter menschlichen Schutzschilden versteckt, aber sie könnten deutlicher voneinander getrennt sein. Wenn man sich die Karte der Gebiete um den Gazastreifen genau ansieht, findet man Militärstützpunkte inmitten der zivilen Gemeinden. Ich denke, das ist ein brillantes Argument, aber es entbindet keine bewaffnete Kraft von der Verantwortung, das humanitäre Völkerrecht zu beachten. Ob sich unter der Zivilbevölkerung Kämpfer befinden oder ob sie sich im Feld aufhalten und sich offen zum Töten anbieten, sollte im Hinblick auf das humanitäre Völkerrecht keinen Unterschied machen. Die Zivilbevölkerung sollte so weit wie möglich geschützt werden.

Die israelische Führung hat unmittelbar nach dem Libanon-Krieg 2006 die sogenannte Dahiya-Doktrin verabschiedet. Ein israelischer General, der sich derzeit in diesem Krieg befindet, Gadi Eizenkot, war damals Generalmajor, und er verkündete die Doktrin, die besagt: „Wir werden den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht beachten“, der das zentrale Prinzip des humanitären Völkerrechts ist, wenn es um Nichtkombattanten geht. Er sagte: ‚Wir werden zivile Ziele zerstören.‘ Er sagte das über Dörfer und städtische Gebiete. Er sprach über den Vorort Dahiya in Südbeirut, den die Luftwaffe 2006 dem Erdboden gleichmachte und dabei viele Hunderte von Zivilisten tötete.

Wir haben es also mit einem Wiederholungstäter des humanitären Völkerrechts zu tun, der dies nicht nur heimlich tut, sondern ankündigt, dass er beabsichtigt, das Völkerrecht zu verletzen. Dennoch stellt niemand irgendwelche Fragen. Jedes israelische Argument wird von unseren Politikern und unseren Medien wiederholt und wiederholt. Gadi Eizenkot hat gesagt, dass er Kriegsverbrechen begehen wird. Ich habe in den letzten Jahren mit vielen Medien zu tun gehabt und in den letzten drei, vier Wochen noch mehr. Ich habe nicht eine Person gehört, die diese Doktrin in irgendeinem Medium erwähnt hätte.

Es scheint fast so, als wären sich hochrangige Politiker und Armeeführer in Israel einig. Sie sagen, dass sie gegen Zivilisten in Gaza vorgehen. Es scheint fast so, als würden sie den westlichen Propagandisten widersprechen, die nach Entschuldigungen für Israel suchen. Sie würden mit uns übereinstimmen und sagen: ‚Nein, wir tun es.‘ Ich muss die große Frage stellen, die zu umfangreich für ein Interview ist. Die Leser sollten dafür wirklich Ihr Buch lesen. Was können Sie uns über die Ursachen des Konflikts sagen?

Es ist ein junger Konflikt. Er ist ein Produkt der Entwicklung des modernen Nationalismus. Er ist ein Produkt des westlichen Imperialismus. Bevor es den modernen Nationalismus gab, gab es keine Israelis und keine Palästinenser. Es gab ein jüdisches Volk in Palästina. Sie hatten ethnische, sprachliche, historische und religiöse Wurzeln unterschiedlicher Art. Aber der Konflikt ist eine Funktion des Aufstiegs des modernen politischen Zionismus und des Aufstiegs des Nationalismus unter den Palästinensern. Er ist eine Folge der Entscheidung des britischen Imperiums, mit der Balfour-Erklärung und dem Mandat für Palästina eine Siedlerkolonie in Palästina zu errichten. Ohne diese Faktoren, den Nationalismus und den britischen Imperialismus, gäbe es den Konflikt nicht, den wir heute haben.

Vielleicht hätte es eine Form des Zionismus gegeben. Aber heute haben wir einen Konflikt mit einer nationalen Bewegung, die auch eine koloniale Siedlerbewegung ist, die sich seit ihren Anfängen immer als Teil Europas gesehen hat, die stets ein Anrecht auf Palästina beanspruchte, aber auch eine separatistische Kolonialbewegung war. Sie hatten etwas, das sich Jewish Colonization Agency nannte, das ist nicht mein Name dafür; das ist keine antisemitische Verleumdung des Zionismus. So nannten die Zionisten ihre Agentur für Landerwerb, und sie sprachen von Siedlungen und Kolonialismus. Leute wie Jabotinsky, zumindest die ehrlichen unter ihnen, haben erkannt, dass es sich um einen kolonialen Konflikt handelt.

Es gab die Entwicklung einer Nation und ein nationales Bewusstsein auf beiden Seiten etwa zur gleichen Zeit, innerhalb einer Generation. Aber es handelt sich nicht um einen gleichberechtigten Konflikt. Es geht nicht um Frankreich und Deutschland. Es handelt sich um eine koloniale Bewegung, die in jeder Phase ihres Bestehens von den stärksten Supermächten der Weltgeschichte unterstützt wurde. Es geht nicht um die armen kleinen Zionisten in Palästina, die ganz allein gegen ein Meer von feindlichen Arabern antreten. Der Zionismus wurde vom britischen Empire unterstützt, dem größten Imperium seiner Zeit, gegen die Palästinenser, die von arabischen Völkern unterstützt wurden, von denen die meisten während der Mandatszeit bis 1948 unter kolonialer Kontrolle standen.

Der Zionismus hat sich immer auf die extrem mächtigen europäischen imperialistischen Kräfte und später auf die amerikanische Macht verlassen, um sich in Palästina durchzusetzen. Was Sie heute im Westjordanland sehen, nämlich die Vertreibung der Palästinenser durch randalierende Siedler, ist Teil eines Prozesses, der auf das Jahr 1948 zurückgeht und seine Wurzeln in diesem früheren Siedlerkolonialprozess hat. Die Bemühungen, die Palästinenser aus Palästina oder in immer kleinere Teile Palästinas zu vertreiben, sind seit 1948 im Gange. Selbst nach der Nakba, als 750.000 Menschen aus dem Gebiet, das zu Israel wurde, vertrieben wurden, erschoss Israel jeden, der zurückkehren wollte. Israel drängte die verbliebene arabische Bevölkerung in immer kleinere Gebiete, nahm ihr Land für die ausschließliche Nutzung durch jüdische Siedler und arbeitet seither nach denselben Prinzipien, ob im Westjordanland, in Jerusalem oder auf den besetzten Golanhöhen. Einige Merkmale dieses Prozesses haben sich im Laufe der Zeit nicht verändert, viele natürlich schon.

In Ihrem Buch legen Sie überzeugend dar, dass es nie ein Angebot für einen palästinensischen Staat gab, das eine Zweistaatenlösung ermöglicht hätte. Rabin und später Barak waren vielleicht in mancher Hinsicht nahe dran, aber sie haben es nicht ganz geschafft. Um Ihr Buch zusammenzufassen: Seit 1967 hat es von israelischer Seite kein ernsthaftes Lösungsangebot für den Konflikt gegeben, das für die Palästinenser akzeptabel gewesen wäre. Ist das richtig?

Das ist absolut richtig. Keine Lösung, die angeboten wurde, erfüllte die Minimalforderung der Palästinenser nach gleichen Rechten auf Souveränität, gleichen Rechten auf Bewegungsfreiheit, gleichen Rechten auf Sicherheit. Mehrere israelische Führer waren bereit zu verhandeln. Netanjahu ist es nicht. Mehrere israelische Führer waren bereit, die israelischen Positionen zu ändern. Ich würde sie nicht als Zugeständnisse bezeichnen, denn unser Land und unsere Rechte haben sie uns nicht zuzugestehen. Drei israelische Führer, Rabin, Barak und Olmert, waren jedoch auf unterschiedliche Weise und zu unterschiedlichen Zeitpunkten zumindest bereit zu verhandeln. Rabin erklärte, dass die Palästinenser ein Volk sind. Kein israelischer Führer hatte das jemals gesagt. Golda Meir hatte nur wenige Jahre zuvor gesagt, die Palästinenser existierten gar nicht. Dies ist auch heute noch die Position vieler israelischer Führer. Rabin akzeptierte, dass die Palästinenser von der PLO vertreten wurden. Er unternahm also wichtige Schritte in Bezug auf Israels bisherige Positionen. Er akzeptierte jedoch zu keinem Zeitpunkt die Idee einer völlig unabhängigen souveränen Staatlichkeit für die Palästinenser. In seiner letzten Rede vor der Knesset sagte er: ‚Wir werden den Palästinensern weniger als einen Staat anbieten.‘ ‚Wir werden das Jordantal kontrollieren.‘ Was soll das bedeuten? Fortgesetzte Besatzung! Selbst Rabin, der bis zu seinem Tod diese wichtigen Veränderungen in der Position Israels vornahm, war also nicht bereit, den Palästinensern einen souveränen, unabhängigen Staat zu geben und sie von der Kontrolle durch eine andere Macht zu befreien. Das Gleiche gilt für Barak und Olmert.

Seitdem wurde jede israelische Regierung tendenziell immer rechter. Scharon, dann Netanjahu, und jetzt hat er extreme Siedlerparteien in die Regierung geholt. So wurde die Situation in Gaza und im Westjordanland immer unhaltbarer.

Aber lassen Sie mich den Advocatus Diaboli spielen. Viele Menschen im Westen verstehen, dass die Palästinenser leiden und dass sie Opfer von Ungerechtigkeit sind. Aber die meisten von ihnen fühlen sich Israel etwas näher, glaube ich. Sie glauben, dass vor allem die Hamas, aber auch die anderen bewaffneten palästinensischen Gruppen wild entschlossen sind, Israel zu vernichten. Es sei ihr Ziel, alle Juden zu töten und einen zweiten Holocaust zu begehen. Und deshalb sei es unsere Verantwortung – auch wenn Israel nicht perfekt ist, wenn es um Menschenrechte geht –, dessen grundlegendes Recht auf Selbstverteidigung zu unterstützen. Wenn ich ein friedensbereiter Israeli in Tel Aviv wäre, der versteht, dass die Palästinenser einen eigenen Staat und Menschenwürde verdienen, dann könnte meine Reaktion auf diesen Hamas-Anschlag sehr wohl sein: ‚Vielleicht wollen sie uns wirklich alle töten!‘ Wenn ich jetzt ein Israeli wäre, hätte ich sicherlich Angst vor der Hamas. Was würden Sie sagen, wenn ich Ihnen sagen würde: ‚Ich weiß, dass wir uns nie sehr bemüht haben, Frieden zu schließen, aber jetzt haben wir keine andere Wahl, als die Hamas zu vernichten, und das ist hässlich, aber was sollen wir tun?‘

Sie haben so viele zentrale Elemente des israelischen Narrativs zusammengefasst. Zunächst einmal geht man nicht nur in Deutschland, sondern auch im Westen von einem wohlverdienten Schuldgefühl aus, aufgrund dessen, was das christliche Europa den Juden über ein Jahrtausend lang angetan hat. Ich spreche nicht nur über den Holocaust. Das ist leider die Ursache für viele dieser Gefühle, die von den Israelis ausgenutzt werden. Der Holocaust und die mögliche Ausrottung der gesamten israelischen Juden wecken diese schrecklichen Erinnerungen und lösen Schuldgefühle aus, wohlverdiente Schuldgefühle.

Als die PLO 1988 der Gewalt abschwor, als wir nach Madrid und Washington reisten, um eine friedliche Lösung zu unterstützen, gab es eine überwältigende Unterstützung unter den Palästinensern. Als Arafat 1993 auf dem Rasen des Weißen Hauses das Abkommen von Oslo unterzeichnete, war die Unterstützung für den Frieden unter den Palästinensern und für eine Zweistaatenlösung überwältigend. Die Opposition war eine kleine Minderheit, und das blieb auch in den meisten Jahren der 1990er der Fall. Warum also hat sich das geändert? Warum wurde aus einer kleinen Minderheit eine viel größere Minderheit? Warum haben sie in den 1990er-Jahren und später Selbstmordattentate verübt? Es ist ja nicht so, dass sie plötzlich von einer Droge beeinflusst wurden! Das israelische Verhalten, die israelischen Aktionen haben sie beeinflusst. Noch während sie verhandelten, verdoppelte und verdreifachte sich die Zahl der Siedlungen. Die Besatzung wurde 1993 noch restriktiver. Die Inhaftierung der Palästinenser in Bantustans im Westjordanland und die Inhaftierung des Gazastreifens begannen mit Oslo. Israel schuf eine Situation, in der Gewalt die einzige Option zu sein schien. Israel hat durch seine Weigerung, einen souveränen palästinensischen Staat zu akzeptieren, indirekt die Hamas geschaffen. Rabin, Peres, Netanjahu, Barak, Olmert, Sharon – jede einzelne israelische Regierung hat die Einschließung und die Beschränkungen für Palästinenser erhöht und den Siedlungsprozess ausgeweitet. Inzwischen gibt es 700.000 bis 800.000 israelische Siedler im Westjordanland und in Ostjerusalem. Die Palästinenser sollen gewaltfrei sein. Was ist mit der Gewalt Israels? Die Besiedlung ist mit Gewalt verbunden; man stiehlt Land, man muss die Bewohner rausschmeißen. Die Abriegelung des Westjordanlandes ist mit Gewalt verbunden. Die Polizeiarbeit im Westjordanland und in Ostjerusalem ist mit Gewalt verbunden. Inhaftierung ist Gewalt.

Waren die Palästinenser in ihrer überwältigenden Mehrheit von irgendwann in den 1980er-Jahren bis Ende der 1990er-Jahre bereit, einen friedlichen Weg einzuschlagen? Ja. Wie hat Israel das erwidert? Kein palästinensischer Staat, keine Hoffnung, keine Friedensregelung, eine viel, viel intensivere, energischere, restriktivere und härtere Besatzung. Nun, es kam zu Gewalt, zwangsläufig, notwendigerweise. Grobe Fehleinschätzungen, systematische Fehlinformationen und Schuldgefühle erzeugen diese giftige Mischung aus Lügen und Halbwahrheiten, die der von Ihnen vertretene Standpunkt darstellt. Nichts, aber auch gar nichts davon ist wahr. Gibt es Palästinenser, die Israel vernichten wollen? Ja. Wollen sie alle umbringen? Vielleicht, vielleicht auch nicht. Gibt es heute Australier, die Australien vernichten wollen? Ja. Gibt es Palästinenser, die Gewalt unterstützen? Ja. Aber warum hat sich die Friedensbereitschaft geändert?

Man muss auch fragen, ob es Möglichkeiten gab, sogar mit Gruppen, die einst Gewalt befürworteten oder ausübten, zu verhandeln. Gab es Chancen, die ignoriert oder verpasst wurden?

Anfang der 2000er-Jahre, nach der Wahl von Abbas im Jahr 2005 und nachdem die Hamas bei den Wahlen zum Legislativrat 2006 eine Mehrheit errungen hatte, wurden Einheitsregierungen zwischen Fatah und Hamas gebildet, die anboten, mit Israel zu verhandeln. Der Westen und Israel lehnten dies ab, sie sagten Nein. Israel sagte: ‚Die Hamas muss der Gewalt, die als Terrorismus bezeichnet wird, abschwören und die Existenz Israels als Vorbedingung für Verhandlungen akzeptieren. Aber wir setzen unsere systematische und unaufhörliche Gewalt der Besatzung und Kolonisierung fort. Ihr hört auf, Widerstand zu leisten, und bevor wir reden, akzeptiert ihr unsere Existenz, so wie wir sie definieren, und dann werden wir uns bereit erklären, mit euch zu reden.‘

Netanjahu hat sich nicht zu Gesprächen bereit erklärt, und die nächste Regierung hat es nicht getan. War dies also eine Gelegenheit? Vielleicht, vielleicht auch nicht. Es gibt keine Garantie, dass eine Koalitionsregierung in der Lage gewesen wäre, ein Abkommen mit Israel zu erreichen, aber die Vereinigten Staaten weigerten sich, Europa weigerte sich. Diese Erzählung von ‚sie wollten uns schon immer töten, immer, alles, was sie wollten, war, uns zu töten, sie sind Mörder, sie sind nicht anders als die Nazis‘ ist eine völlig falsche Erzählung. 1982 verglich Begin Arafat im belagerten West-Beirut mit Hitler in Berlin am Ende des Zweiten Weltkriegs, er benutzte ständig diese Metaphern, und das ist seither ein wichtiges Thema der israelischen Propaganda. Sie konzentrierten sich auf den Mufti, der während des Zweiten Weltkriegs tatsächlich mit den Nazis kollaboriert hat. Nun, es gab viele andere palästinensische Führer, die das nicht taten. Es gab viele Palästinenser, die in der britischen Armee gegen Deutschland kämpften.

Ich denke, ein Argument, das auf der propalästinensischen Seite zu oft fehlt, ist, dass die USA und Europa die Israelis dazu zwingen sollten, zu tun, was für ihre eigene Sicherheit am besten ist. Für mich ist es offensichtlich, dass ihre Politik in Palästina die größte Bedrohung für die israelische Sicherheit darstellt. Sollte man das nicht stärker betonen?

Ich denke schon. Wenn westlichen Politikern die wahren Interessen der Israelis am Herzen lägen, ebenso wie ihre eigenen und das Interesse an Frieden und Stabilität in der Region, würden sie nicht die Politik verfolgen, blind und unhinterfragt jedem Kurs zu folgen, den Israel wählt. Ist die Tötung von 9.000 Menschen ein guter Weg, um die Sicherheit Israels im nächsten Jahrzehnt zu gewährleisten? Ich kann Ihnen garantieren, dass dies nicht der Fall ist. Ich kann Ihnen garantieren, dass die Angehörigen der Getöteten und der bisher 20.000 Verletzten Israel nicht wohlwollend betrachten werden. Die Menschen, die sie jetzt bekämpfen, sind in vielen Fällen die Kinder von Menschen, die sie getötet haben. Können sich Menschen, die sich gegenseitig bekämpfen, irgendwann zusammensetzen und verhandeln? Ja, das können sie. Jeder Konflikt, der in Südafrika und anderswo beigelegt wurde, zeigt, dass dies der Fall ist. Yitzhak Rabin war für die Vertreibung der Palästinenser im Jahr 1948 verantwortlich. Ich sage nicht, dass Gewalt die Lösung unmöglich macht, aber sie macht sie nicht einfacher. Auch die Tötung von israelischen Zivilisten macht eine Lösung nicht leichter. Was am 7. Oktober geschah, macht keine Lösung leichter.

Ich bin ziemlich schockiert über die Reaktion der USA, Großbritanniens, Deutschlands und der Europäischen Union. Ich habe immer versucht, den Menschen zu sagen, dass der Westen durchaus in der Lage ist, schreckliche Dinge zu tun, wie man etwa im Jemen, in Syrien, Libyen, Afghanistan und im Irak gesehen hat. Aber jetzt habe ich das Gefühl, dass sie in dieser Hinsicht fanatisch sind. Sie sind emotional sehr stark mit Israel verbunden. Die Führer der westlichen Länder üben großen Druck auf alle aus, die Israel kritisieren. Sie versuchen, Kritiker zu diskreditieren, indem sie den Eindruck erwecken, dass sie mit den schrecklichen Massakern der Hamas sympathisieren. Ich finde das ziemlich beunruhigend. Wenn ich versuche, mir vorzustellen, wie das aus palästinensischer Sicht aussieht, muss es noch beunruhigender sein. Es scheint, als ob die wichtigsten Mächte der Welt ganz auf der Seite des Feindes stehen. Das muss sehr entmutigend sein.

Wir dürfen nicht vergessen, dass 66 Prozent der Amerikaner in der letzten Umfrage einen Waffenstillstand befürworteten, was bedeutet, dass sie die israelische Sichtweise nicht akzeptieren. Sie akzeptieren die Position ihrer Regierung nicht. Unsere Regierung, die

beiden politischen Parteien, die Medien, die großen Unternehmen und die Mächte in dieser Gesellschaft, die Universitäten, sie alle verbreiten das Narrativ, das Sie gerade beschrieben haben. Ihr seid Babymörder, ihr seid Terroristen, wenn ihr die Rechte der Palästinenser unterstützt, ihr seid Antisemiten. Das ist die Linie, die verfolgt wird. Sie wird zu Gesetzen, Vorschriften und Einschränkungen der Meinungsfreiheit in diesem Land führen. Die Mächtigen, das ist nicht die öffentliche Meinung. Ein großer Teil der Öffentlichkeit hat das Kool-Aid der israelischen Propaganda nicht getrunken, die besagt, dass alles, was wir tun, gerechtfertigt ist, und wir werden es so lange tun, wie wir wollen, und wir werden nicht aufhören, egal was ihr sagt. Und ihr müsst uns unterstützen. Und jeder, der nicht einverstanden ist, ist ein Terrorist, ein Babykiller, ein Nazi und schlimmer als ISIS.

Ich wiederhole nicht einmal, was Israelis sagen; ich wiederhole, was der US-Präsident wiederholt gesagt hat. Es ist also entmutigend. Gleichzeitig ist es ermutigend zu erkennen, dass die wenigen westeuropäischen Länder und die wenigen weißen Siedlerkolonien, einschließlich der Vereinigten Staaten und Kanada, nicht die Welt sind. Sie mögen das Geld haben, sie mögen die Flugzeugträger haben, aber die großen Länder – Indonesien, Bangladesch, Indien, Pakistan, Nigeria, China, Brasilien – die Menschen, mit Ausnahme einiger weniger Menschen in Westeuropa und diesen weißen Siedlerkolonien, akzeptieren nichts von alledem. Erfreulich ist, dass der Rest der Welt die Rechte der Palästinenser unterstützt, auch wenn sie den palästinensischen Mitteln kritisch gegenüberstehen.

Was die Hamas in Israel getan hat, hat auch fast alle schockiert. Die Mehrheit der Menschheit hat eine sehr differenzierte Sichtweise, aber sie sympathisiert im Moment sehr mit den Palästinensern.

Ja, einem israelischen Kind, einer israelischen Frau oder einem israelischen Zivilisten sollte kein Leid zugefügt werden. Aber das gilt auch für ein palästinensisches Kind, eine palästinensische Frau oder einen palästinensischen Zivilisten. Die meisten Menschen sehen alle Menschen auf der gleichen Stufe der Menschlichkeit und bevorzugen nicht den einen gegenüber dem anderen. Im humanitären Völkerrecht gibt es kein solches Privileg. Für einige Menschen sind sie jedoch eindeutig nicht gleichwertig. Für manche Menschen hat der Tod von 900 oder 1.100 unbewaffneten israelischen Zivilisten mehr Gewicht und moralischen Wert als der Tod von bisher 9.000 Palästinensern oder wie vielen auch immer – ich weiß noch nicht einmal, wie hoch die Zahl ist, und sie wird noch viel höher sein, wenn das Interview veröffentlicht wird.

Wie sehr fürchten Sie eine regionale Eskalation? Wird dieser Krieg auf den Libanon übergreifen, vielleicht sogar auf den Iran oder Syrien?

Ich denke, das ist zu befürchten. Es sollte uns alle sehr beunruhigen, weil es keine Grenzen geben könnte. Es könnte – Gott bewahre – nicht nur in einem regionalen Krieg enden, sondern in einem Atomkrieg oder einem Weltkrieg. Wenn die Vereinigten Staaten und Russland mit hineingezogen werden, könnte das passieren. Ich hoffe und denke, dass es gute Gründe gibt, ihn abzuwenden. Ich denke, dass der Iran, die Hisbollah, Israel und die Vereinigten Staaten wahrscheinlich keinen größeren Krieg wollen – jeder aus seinen eigenen Gründen. Alle diese vier Hauptakteure scheinen keinen größeren Krieg zu wollen. Heißt das nun, dass sie die Situation unter Kontrolle haben? Nein. Bedeutet das, dass etwas Unerwartetes keinen Krieg auslösen könnte? Niemand wollte den Ersten Weltkrieg. Das eine führte zum anderen. Es könnte zu einer ungeplanten, unkontrollierten Eskalation

kommen. Ich denke, das ist zu befürchten. Aber es gibt gute Gründe für die Annahme, dass sich zumindest die vier Hauptakteure zurückhalten werden.

Ich danke Ihnen vielmals. Alles Gute für Ihre Familie und Freunde.

Ich danke Ihnen.

Der Interviewer: Michael Holmes ist freiberuflicher Journalist und Gründer von [Global Apartheid](#), einem Projekt, das die größten Massenmorde der modernen Geschichte dokumentiert.